

18



—
**Jahresbericht
KdK 2018**
—

**Rapport annuel
CdC 2018**



KONFERENZ DER KANTONSREGIERUNGEN
CONFERENCE DES GOUVERNEMENTS CANTONAUX
CONFERENZA DEI GOVERNI CANTONALI
CONFERENZA DA LAS REGENZAS CHANTUNALAS

Konferenz der Kantonsregierungen Conférence des gouvernements cantonaux

Jahresbericht KdK 2018

Rapport annuel CdC 2018

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	5
1 Organisation.....	7
1.1 Plenarversammlung.....	7
1.2 Leitender Ausschuss	8
1.3 Weitere politische Kommissionen und technische Arbeitsgruppen.....	9
1.4 Sekretariat	9
2 Tätigkeit	11
2.1 Arbeitsschwerpunkte.....	11
2.1.1 Allgemeines.....	11
2.1.2 Aussenpolitik.....	12
2.1.3 Innenpolitik.....	12
2.1.4 Stellungnahmen.....	15
2.1.5 Zusammenarbeit Bund - Kantone.....	19
2.1.6 Koordination mit Direktorenkonferenzen und regionalen Regierungskonferenzen.....	20
2.2 Weitere Themen	21
2.2.1 Allgemeines.....	21
2.2.2 Aussenpolitik.....	22
2.2.3 Innenpolitik.....	25
2.2.4 Mandate	26
3 Rechnung.....	28
Anhänge	57

Einleitung

Sehr geehrte Damen und Herren

2018 konnten die Kantone ein besonderes Jubiläum feiern: Vor zehn Jahren wurde in Bern das Haus der Kantone eröffnet – ein Meilenstein der interkantonalen Zusammenarbeit. An zentraler Lage bietet das Haus der Kantone den 26 Kantonen eine optimale Plattform, um die interkantonale Zusammenarbeit effizienter und wirksamer zu gestalten. Die Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) ist stolz darauf, Teil dieses wegweisenden Projekts zu sein, das dazu beiträgt, den Anliegen der Kantone in Bundesbern Gehör zu verschaffen.



Auch 2018 ist es der KdK gelungen, in ihren Kerngeschäften Erfolge zu erzielen. Im Herbst stimmte der Bundesrat den von den Kantonen ausgearbeiteten Vorschlägen zur Optimierung des Finanzausgleichs zu und verabschiedete die entsprechende Botschaft. Inzwischen haben auch die eidgenössischen Räten diesen Vorschlägen zugestimmt. Der finanzielle Ausgleich von wirtschaftlich und strukturell bedingten Unterschieden zwischen den Kantonen ist ein Grundpfeiler des Schweizer Föderalismus, er trägt wesentlich zum nationalen Zusammenhalt bei. Im bestehenden Ausgleichssystem haben sich jedoch Schwachstellen gezeigt. Die Teilrevision des Bundesgesetzes über den Finanz- und Lastenausgleich (FiLaG) nimmt hier notwendige Korrekturen vor: Die Balance zwischen Wettbewerb und Solidarität zwischen den Kantonen wird wieder besser justiert.

Ein weiterer Erfolg war die von Bund und Kantonen im Frühling gemeinsam verabschiedete Integrationsagenda Schweiz: Die Kosten für die Integration von Personen aus dem Asylbereich sowie die Folgekosten einer nicht gelungenen Integration stellen für die Kantone eine massive finanzielle Mehrbelastung dar. Deshalb forderten die Kantone vom Bundesrat, sich finanziell sehr viel stärker an der Integrationsförderung zu beteiligen. Bund und Kantone konnten sich in der Folge auf einheitliche Wirkungsziele und einen modular zusammengesetzten Integrationsprozess einigen. Der Bundesrat entschied, dafür die Integrationspauschale von heute 6'000 auf neu 18'000 Franken zu erhöhen.

Schliesslich haben die Kantonsregierungen im vergangenen Jahr Leitlinien zur Digitalen Verwaltung verabschiedet. Diese schaffen erstmals ein gemeinsames Grundverständnis für den Digitalisierungsprozess auf Verwaltungsebene und liefern konkrete Lösungsansätze für Herausforderungen, vor die sich die Kantone im Bereich E-Government und Digitalisierung gestellt sehen.

In der Aussenpolitik dominierte das Thema Rahmenabkommen mit der Europäischen Union. Im Frühjahr 2018 nahmen die Kantonsregierungen die im Vorjahr begonnenen Diskussionen über die Frage der staatlichen Beihilfen wieder auf und verabschiedeten einen Positionsbezug. Mit zwei unabhängigen Gutachten, die unter anderem die potenziellen Auswirkungen einer Übernahme von EU-Regulierungen im Bereich der staatlichen Beihilfen auf die Schweiz analysieren, leisteten die Kantone einen wichtigen Beitrag zur aktuellen europapolitischen Debatte.

Ich danke Ihnen für Ihr Interesse an der Arbeit der KdK und wünsche Ihnen eine spannende Lektüre.

Regierungsrat Benedikt Würth
Präsident

01

1 Organisation

1.1 Plenarversammlung

Das oberste Entscheidorgan der Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) ist die vierteljährlich tagende Plenarversammlung, an der jeder Kanton durch ein Regierungsmitglied vertreten ist. Die Vertretung eines Kantons in der KdK wird jeweils durch die Regierung des entsprechenden Kantons geregelt. Im Berichtsjahr nahmen folgende Mitglieder der Kantonsregierungen an Plenarversammlungen teil:

Kanton	Vertretung
ZH	Regierungsrat Ernst Stocker
BE	Regierungsrat Christoph Ammann Regierungsrat Hans-Jürg Käser Regierungsrätin Beatrice Simon Regierungsrätin Evi Allemann
LU	Regierungsrat Paul Winiker
UR	Regierungsrat Urs Janett Regierungsrätin Heidi Z'graggen
SZ	Landammann Kaspar Michel Regierungsrat André Rüeggsegger
OW	Regierungsrat Niklaus Bleiker Regierungsrat Daniel Wyler
NW	Regierungsrat Othmar Filliger
GL	Regierungsrat Benjamin Mühlemann
ZG	Regierungsrat Matthias Michel
FR	Staatsrat Olivier Curty
SO	Regierungsrätin Brigit Wyss
BS	Regierungspräsidentin Elisabeth Ackermann
BL	Regierungsrätin Sabine Pegoraro
SH	Regierungspräsident Christian Amsler

AR	Regierungsrat Köbi Frei
AI	Landammann Daniel Fässler
SG	Regierungsrat Fredy Fässler Regierungsrat Benedikt Würth
GR	Regierungsrätin Barbara Janom Steiner Regierungsrat Martin Jäger
AG	Regierungsrat Markus Dieth
TG	Regierungspräsidentin Cornelia Komposch
TI	Staatsrat Norman Gobbi
VD	Staatsrat Pascal Broulis
VS	Staatsrat Roberto Schmid
NE	Staatsrat Alain Ribaux
GE	Staatsratspräsident Antonio Hodgers Staatsrat François Longchamp Staatsrat Pierre Maudet
JU	Minister Charles Juillard

1.2 Leitender Ausschuss

Der Leitende Ausschuss ist das Führungsorgan der KdK. Zehn Regierungsrätinnen und Regierungsräte aus allen Regionen der Schweiz bereiten im Leitenden Ausschuss die Geschäfte der Plenarversammlung vor. Gemäss Geschäftsordnung der KdK vom 20. März 2009 haben die französischsprachige (zwei Sitze), die italienischsprachige und die rätoromanische Schweiz, die Ost-, die Nordwest- und die Zentralschweiz sowie die Kantone Bern und Zürich Anspruch auf Vertretung im Leitenden Ausschuss. Im Berichtsjahr setzte sich der Leitende Ausschuss wie folgt zusammen:

Kanton	Vertretung
SG / ORK	Regierungsrat Benedikt Würth, Präsident
ZH	Regierungsrat Ernst Stocker, Vizepräsident
BE	Regierungsrat Christoph Ammann
UR / ZRK	Regierungsrätin Heidi Z'graggen
GL / ORK	Landammann Andrea Bettiga (bis 30.9.2018)
BS / NWRK	Regierungspräsidentin Elisabeth Ackermann
GR	Regierungsrätin Barbara Janom Steiner
TI	Staatsrat Norman Gobbi
NE / WRK	Staatsrat Alain Ribaux
VD / WRK	Staatsrat Pascal Broulis

1.3 Weitere politische Kommissionen und technische Arbeitsgruppen

Neben diesen beiden Hauptorganen gibt es im Zusammenhang mit der Betreuung einzelner Geschäfte oder Mandate zahlreiche weitere Kommissionen und Arbeitsgruppen der KdK. Eine Zusammenstellung findet sich in Anhang 2 dieses Berichts. Delegationen der KdK in nationalen und internationalen Gremien und Arbeitsgruppen sind in Anhang 3 aufgelistet.

1.4 Sekretariat

Gemäss der Vereinbarung über die Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) verfügt die Konferenz über ein ständiges Sekretariat. An der Gründungsversammlung der KdK wurde die Sekretariatsführung im Sinne eines Mandats der ch Stiftung für eidgenössische Zusammenarbeit übertragen. Seither führt die ch Stiftung das KdK-Sekretariat und der Geschäftsführer der ch Stiftung amtiert gleichzeitig als Generalsekretär der KdK.

Für das KdK-Sekretariat sind am Ende des Berichtsjahrs 25 Personen tätig (18.3 Vollzeitstellen). Davon arbeiten 23 Personen im Haus der Kantone in Bern, drei Mitarbeitende sind als Aussenstellen der KdK direkt in der Bundesverwaltung angesiedelt: in der Direktion für europäische Angelegenheiten (DEA), im Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartement sowie bei der Mission der Schweiz bei der EU in Brüssel. Die Mitarbeitenden des Bereichs Dienstleistungen sind teilweise sowohl für das KdK-Sekretariat wie auch für den Betrieb Haus der Kantone und die ch Stiftung tätig.

Ein Organigramm befindet sich in Anhang 1 dieses Berichts.

Personalbestand 31.12.2018

Geschäftsführung/Sekretariat

- Roland Mayer, Generalsekretär
- Thomas Minger, stv. Generalsekretär
- Pia Baumgartner, Mitarbeiterin Sekretariat KdK
- Manuela Furrer, Leiterin Sekretariat KdK
- Leonida Gjioda, Mitarbeiterin Sekretariat KdK
- Praktikantin Empfangssekretariat HdK

Stab Kommunikation

- Nicole Gysin, Chefin Kommunikation
- Alexander Jungo, Wissenschaftlicher Mitarbeiter

Zentrale Dienste

- Monika Zanon, Leiterin
- Rosmarie Bäumler, Fachfrau Finanzen
- Christine Bonvin, Übersetzerin
- Daniel Bühler, Informatiker
- Léa Coudry, Übersetzerin
- Helene Leuenberger, Personalfachfrau
- Pascale Prisset, Leiterin Sprachendienst

KdK-Aussenpolitik

- Roland Mayer, Bereichsleiter, Generalsekretär
- Dea Rolih, Stv. Leiterin Bereich, Wissenschaftliche Mitarbeiterin
- Luca Gobbo, Informationsbeauftragter der Kantone in der Direktion für europäische Angelegenheiten des EDA
- Coralie Menétrey, Stellvertretende Informationsbeauftragte der Kantone in der Direktion für europäische

Angelegenheiten des EDA, Wissenschaftliche Mitarbeiterin

- Roland Krimm, Informationsbeauftragter der Kantone in der Schweizer Mission bei der EU in Brüssel
- Hanspeter Pfenninger, Koordinator Schengen/Dublin, Senior Legal Counsel

KdK-Innenpolitik

- Thomas Minger, Bereichsleiter, Stv. Generalsekretär
- Nicole Gysin, Chefin Kommunikation, Stv. Bereichsleiterin
- Mariel Baumann, Wissenschaftliche Mitarbeiterin
- Regina Bühlmann, Geschäftsführung Konferenz der Integrationsdelegierten, Wissenschaftliche Mitarbeiterin
- Nadine Eckert, Geschäftsführung Tripartite Konferenz, Wissenschaftliche Mitarbeiterin
- Christian Gobat, Beauftragter NFA
- Bastien Nançoz, Wissenschaftlicher Praktikant
- Christine Winkelmann, Wissenschaftliche Mitarbeiterin

Dienstjubiläen

Thomas Minger, 20 Jahre

Christine Bonvin, 10 Jahre

02

2 Tätigkeit

2.1 Arbeitsschwerpunkte

2.1.1 Allgemeines

Weiterentwicklung Föderalismusmonitoring

Seit 2005 führt das KdK-Sekretariat im Auftrag der ch Stiftung ein Föderalismusmonitoring durch. 2017 wurde beschlossen, das Monitoring neu zu gestalten und näher am politischen Alltag auszurichten. Der Fokus der Neukonzeption lag 2018 auf der Konkretisierung des geplanten «Föderalismus-Cockpits». Dieses wird neu vierteljährlich in Zusammenarbeit mit den Direktorenkonferenzen erstellt und bietet eine Diskussionsgrundlage für die Sitzungen der KoSeKo, der Präsidienklausur und der Kantonsregierungen. Ausgewählte Geschäfte aus dem Cockpit werden zudem durch das Institut für Föderalismus (IFF) aus rechtlicher Sicht beurteilt. Im Berichtsjahr wurden in Zusammenarbeit mit den Direktorenkonferenzen die Kriterien und ein Anforderungskatalog für dieses «Frühwarnsystem» erarbeitet und ein Test-Cockpit erstellt. Für die regelmässige Erstellung und Aktualisierung des Cockpits wird eine Datenbank benötigt. Da sich das heutige System (MOKKA) nicht entsprechend anpassen lässt, wurde eine neue Informatiklösung evaluiert. Ebenfalls erneuert wurde das Konzept zum Mehrjahresbericht. Dieser erscheint alle vier Jahre und soll in Zukunft politischer ausgerichtet werden. Dazu werden in einem separaten politischen Synthesepapier die wichtigsten Erkenntnisse und Massnahmen auf wenigen Seiten dargestellt. Der Leitende Ausschuss der ch Stiftung verabschiedete das Konzept am 29. November.

Kommunikation KdK: Aktivitäten

Das Föderalismus-Monitoring der ch Stiftung stellt anhaltende Trends zur Zentralisierung beim Bund sowie zu gleichzeitigen Lastenverschiebungen hin zu den Kantonen fest. Um diesen Entwicklungen wirksam entgegenzutreten, wollen die Kantonsregierungen die Positionierung der Kantone im politischen und medialen Kontext stärken. Zu diesem Zweck verabschiedete die Plenarversammlung strategische Grundsätze zur Kommunikation. Ziel ist es u. a., die Kantone als proaktive, kompetente, innovative, partnerschaftliche und für die Entwicklung der Schweiz insgesamt vorteilhafte politische Akteure zu positionieren.

2018 erschienen insgesamt vier Newsletter, jeweils im Anschluss an die ordentlichen Plenarversammlungen. Schwerpunktthemen waren die potenziellen Auswirkungen einer Übernahme von EU-Regulierungen im Bereich der staatlichen Beihilfen auf die Schweiz, der Wirksamkeitsbericht zum Finanzausgleich zwischen Bund und Kantonen, die Leitlinien der Kantone zur digitalen Verwaltung sowie die Zersiedelungsinitiative. Die Stabstelle Kommunikation organisierte zudem Medienkonferenzen zur Integrationsagenda (gemeinsam mit dem EJPD), zur Weiterentwicklung des Finanzausgleichs (gemeinsam mit dem EFD) sowie zu diversen europapolitischen Herausforderungen (vgl. Übersicht Anhang 4). Einen Höhepunkt bildete schliesslich das Fest zum Jubiläum «10 Jahre Haus der Kantone»: Medienschaffende wurden aus diesem Anlass zu einem Föderalismus-Brunch eingeladen.

Um Aufgaben und Funktionsweise der interkantonalen Zusammenarbeit und der KdK im Speziellen besser bekannt zu machen, organisierte das KdK-Sekretariat am 31. August schliesslich einen halbtägigen Anlass für neugewählte kantonale Regierungsmitglieder. Zusätzlich wurde am 2. November wiederum ein Anlass mit den kantonalen Aussenbeziehungsdelegierten im Haus der Kantone durchgeführt.

2.1.2 Aussenpolitik

Europapolitik: Koordination und institutionelle Fragen

Im Berichtsjahr wurden die Gremien der KdK regelmässig über den Stand der Verhandlungen über ein institutionelles Abkommen, den Europadialog sowie über weitere relevante Entwicklungen informiert.

An der Plenarversammlung vom 23. März nahmen die Kantonsregierungen die Ende 2017 begonnenen Diskussionen über die Frage der staatlichen Beihilfen wieder auf und verabschiedeten einen Positionsbezug. Im Frühjahr fanden verschiedene Verhandlungsrunden zwischen der Schweiz und der EU statt, an denen auch das Sekretariat KdK teilnahm. Dabei konnten die Forderungen der EU geklärt und die roten Linien auf Schweizer Seite bekräftigt werden. In den Sommermonaten lancierte der Bundesrat bei den Sozialpartnern und Kantonen politische Konsultationen zu den flankierenden Massnahmen, für welche die EU die Übernahme der europäischen Regelung verlangt. Am 28. September entschied der Bundesrat über das weitere Vorgehen betreffend das institutionelle Rahmenabkommen. Er beschloss, die Verhandlungen über das Abkommen im Rahmen des bestehenden Mandats fortzusetzen. Im Herbst wurden verschiedene Verhandlungsrunden durchgeführt. Das letzte Treffen auf technischer Ebene fand am 19. November statt, da die EU die Verhandlungen als abgeschlossen betrachtet. Am 7. Dezember teilte der Bundesrat mit, dass er aufgrund noch offener Punkte vorerst auf eine Paraphierung des Abkommens verzichtet, und beschloss, Anfang 2019 eine Konsultation der betroffenen Kreise durchzuführen, um eine konsolidierte Haltung zu erreichen.

2.1.3 Innenpolitik

Optimierung Finanzausgleich Bund - Kantone

Am 9. März lancierte der Bundesrat die Vernehmlassung zum Wirksamkeitsbericht des Finanzausgleichs 2016–2019. Der Bundesrat schloss sich den Empfehlungen der KdK zur Optimierung des Finanz- und Lastenausgleichs an und unterstützte insbesondere das neue Modell für den Ressourcenausgleich. Da die Verwendung der frei werdenden Bundesmittel im Wirksamkeitsbericht offen gelassen wurde, beauftragte der Bundesrat die Arbeitsgruppe «Aufgaben und Finanzen Bund – Kantone», entsprechende Vorschläge zu präsentieren.

Die Arbeitsgruppe «Aufgaben und Finanzen Bund – Kantone» tagte in der Folge mehrmals, um einen Vorschlag für die Verwendung der frei werdenden Bundesmittel zuhanden des Bundesrates auszuarbeiten. Die Vertreterinnen und Vertreter des Eidgenössischen Finanzdepartements und der Kantone verständigten sich auf eine Lösung, die vom Leiten-

den Ausschuss der KdK und von der FDK verabschiedet wurde. Auf dieser Grundlage verabschiedete die Plenarversammlung am 28. Juni die Stellungnahme der Kantonsregierungen zum Wirksamkeitsbericht 2016–2019 und zur Verwendung der frei werdenden Bundesmittel mit 22 zu 3 Stimmen bei 1 Enthaltung an (vgl. Ziffer 2.1.4).

Am 28. September verabschiedete der Bundesrat die Botschaft zur Änderung des Bundesgesetzes über den Finanz- und Lastenausgleich. Aufgrund der Ergebnisse des Wirksamkeitsberichts 2016–2019 und gestützt auf das Ergebnis der Vernehmlassung schlägt er eine Reform des Finanzausgleichs vor. Die Vorlage des Bundesrates übernimmt sämtliche Vorschläge der Kantone für die Optimierung des Finanzausgleichs.

Am 18. Oktober präsentierte eine Delegation der KdK in einer Anhörung der Finanzkommission des Ständerates (FK-S) die Position der Kantone betreffend die Anpassung des Finanzausgleichs und den Prozess der Aushandlung der Verständigung. Am 4. Dezember verabschiedete der Ständerat die Vorlage des Bundesrates ohne Änderung.

Aufgrund der grossen Bedeutung der Optimierung des Finanzausgleichs wurde der Kommunikation besondere Beachtung geschenkt. An einer Informationssitzung für die Mitglieder des Ständerates und der Finanzkommission des Nationalrats (FK-N), die Präsidentinnen und Präsidenten der politischen Parteien und Fraktionen sowie die Generalsekretärinnen und Generalsekretäre der politischen Parteien am 4. Juni wurden die Optimierung des Ressourcenausgleichs erläutert und verschiedene Themen vertieft, zu denen Fragen bestanden hatten. Gleichzeitig mit der Publikation der Botschaft des Bundesrates veröffentlichte die KdK eine Medienmitteilung, und eine Delegation der KdK nahm an einer Medienkonferenz mit dem Vorsteher des Eidgenössischen Finanzdepartementes teil. Im Übrigen wurden im Hinblick auf die Beratung im Parlament Faktenblätter und ein Argumentarium für die Kantonsregierungen ausgearbeitet.

Integrationsagenda Schweiz

Bund und Kantone wollen anerkannte Flüchtlinge (FL) und vorläufig aufgenommene Personen (VA) rascher und besser integrieren – und damit auch deren Abhängigkeit von der Sozialhilfe reduzieren. Zu diesem Zweck haben sie sich auf eine gemeinsame Integrationsagenda geeinigt, die erhöhte Investitionen, konkrete Wirkungsziele sowie für alle verbindliche Integrationsfördermodule vorsieht. Die Integrationsagenda wurde am 23. März von der Plenarversammlung und am 25. April vom Bundesrat genehmigt. Die Kantone begrüßten insbesondere, dass der Bundesrat die Integrationspauschale von heute 6000 auf neu 18'000 Franken pro Person erhöht. Die Kosten für die Integration von Personen aus dem Asylbereich sowie die Folgekosten einer nicht gelungenen Integration stellen für die Kantone eine massive finanzielle Mehrbelastung dar. Deshalb hatten sie im Frühjahr 2017 vom Bundesrat gefordert, sich finanziell sehr viel stärker an der Integrationsförderung von VA/FL zu beteiligen. Ende Jahr wurden zudem die Arbeiten zum Folgemandat «Integrationsagenda Phase II» aufgenommen. Ziel ist es, das gesamte Finanzierungssystem der Unterbringung, Betreuung und Integration im Asyl- und Flüchtlingswesen aufeinander abzustimmen. Ein entsprechender technischer Bericht soll Anfang 2020 vorgelegt werden.



Regierungsrat Urs Hofmann, Regierungsrat Martin Kloeti, Bundesrätin Simonetta Sommaruga und Regierungsrat Benedikt Wüth, Präsident KdK, an der Medienkonferenz zur Integrationsagenda Schweiz, Bern, 30. April 2018. (KEYSTONE-SDA / Anthony Anex)



Regierungsrat Ernst Stocker, Vizepräsident KdK, Regierungsrätin Barbara Janom Steiner, Regierungsrat Benedikt Wüth, Präsident KdK, und Bundesrat Ueli Maurer an der Medienkonferenz zum nationalen Finanzausgleich, Bern, 28. September 2018. (KEYSTONE-SDA/ Peter Schneider)

E-Government/Digitalisierung: Leitlinien der Kantone

Die Weiterentwicklung von E-Government und die fortschreitende Digitalisierung in allen Lebensbereichen stellen die Kantone vor grosse Herausforderungen. Deshalb lancierte der Leitende Ausschuss vom 9. Februar das Projekt «Leitlinien der Kantone zur Digitalen Verwaltung» und setzte hierfür eine Projektorganisation auf politischer und technischer Ebene ein. Nach einer Phase intensiver Projektarbeiten wurde im Sommer ein erster Entwurf der Leitlinien bei den Kantonsregierungen und Direktorenkonferenzen in Konsultation gegeben und anschliessend nochmals überarbeitet. Die Plenarversammlung verabschiedete die Leitlinien am 27. September.

Mit den Leitlinien existiert erstmals ein gemeinsames Grundverständnis der Kantone für den Digitalisierungsprozess auf Verwaltungsebene. In den Leitlinien verständigen sich die Kantone auf die beiden übergeordneten Ziele «Digital First für Bevölkerung und Wirtschaft» sowie «Durchgängige Digitalisierung der Verwaltung». Um diese Ziele zu erreichen, definieren sie sechs Handlungsfelder mit dem jeweiligen Handlungsbedarf und konkreten Lösungsansätzen. Deutlich wird dabei, dass E-Government bloss ein Teilaspekt der Digitalen Verwaltung ist. Die Digitalisierung hat auch Auswirkungen auf die Organisationsstruktur und -kultur, auf Arbeitsweisen, Geschäftsmodelle und Datenwirtschaft. Die Leitlinien unterstützen die Kantone bei den laufenden Transformationsprozessen und dienen als Grundlage der auf Ende 2019 geplanten Erneuerung der E-Government-Strategie Schweiz 2020–2023.

Überprüfung Aufgabenteilung Bund - Kantone

Angesichts ungebrochener Verflechtungstendenzen plädieren die Kantone seit längerem für eine konsequente Fortsetzung der Aufgabenentflechtung. Im Herbst 2015 lancierte die KdK ein entsprechendes Projekt und leitete umfangreiche Grundlagenarbeiten in die Wege. Im Sommer 2016 verabschiedeten die Kantonsregierungen einen gemeinsamen Positionsbezug und bekräftigten, dass dem Trend in Richtung neuer Verflechtungen Einhalt geboten werden muss. Auf der Grundlage der Arbeiten der Kantone erstellte die Eidgenössische Finanzverwaltung (EFV) einen Berichtsentwurf zur Beantwortung der Motion 13.3363 «Aufgabentrennung zwischen Bund und Kantonen». Das Parlament verlangte damit eine Analyse aller Aufgabengebiete, die in der gemeinsamen Finanzierungsverantwortung von Bund und Kantonen liegen. Auf Einladung der EFV und nach Konsultation der Kantonsregierungen und der Direktorenkonferenzen verabschiedeten die Kantonsregierungen an der Plenarversammlung vom 23. März einstimmig eine gemeinsame Stellungnahme zu diesem Berichtsentwurf (siehe Ziff. 2.1.4.).

Am 28. September veröffentlichte der Bundesrat seinen Bericht „Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen“ in Beantwortung der Motion 13.3363. In den Bericht, der den Handlungsbedarf in 33 Aufgabengebieten analysiert, ist auch die Beurteilung der Kantone eingeflossen. Der Bundesrat ortet in verschiedenen Aufgabengebieten Entflechtungspotenzial und schliesst sich damit dem Standpunkt der Kantone an. Er beauftragte das Eidgenössische Finanzdepartement (EFD), mit den Kantonen die Lancierung eines entsprechenden Projekts zu prüfen.

2.1.4 *Stellungnahmen*

Stellungnahmen der KdK werden mit einem qualifizierten Mehr der Stimmen von mindestens 18 Kantonsregierungen verabschiedet. Das Recht der Kantone auf eigene Stellungnahme bleibt gewährt.

Stellungnahmen im Rahmen der Mitwirkung an der Willensbildung des Bundes (gemäss Art. 45 BV)

Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (Berichtsentwurf vom 13. Juli 2017 in Erfüllung der Motion 13.3363)

An der Plenarversammlung vom 23. März verabschiedete die KdK einstimmig eine gemeinsame Stellungnahme zum Berichtsentwurf der EFV zur Beantwortung der Motion «Aufgabentrennung zwischen Bund und Kantonen» (13.3363). Die Kantonsregierungen sprechen sich darin klar dafür aus, die im Rahmen der NFA begonnene Aufgaben- und Finanzierungsentflechtung weiterzuführen. Eine konsequente Aufgabentrennung erhöht die Handlungsfähigkeit von Bund

und Kantonen und stärkt damit den Föderalismus. Entflechtungspotenziale sehen die Kantone vor allem in den Bereichen Soziales und Verkehr. Eng verbunden mit der Aufgabenteilung ist auch die Frage der Lastenverteilung zwischen den Staatsebenen, die namentlich im Gesundheitsbereich zunehmend aus dem Gleichgewicht gerät. Die Kantone schlagen vor, nach der Reform der Unternehmensbesteuerung und der Optimierung des Finanzausgleichs ein Projekt «Aufgabenteilung II» zu planen.

Fünffjahresbericht Raumkonzept Schweiz

Das Raumkonzept Schweiz wurde 2012 von Bund, Kantonen, Städten und Gemeinden als gemeinsamer Orientierungsrahmen für die raumwirksamen Tätigkeiten auf allen staatlichen Ebenen verabschiedet. Gleichzeitig beschlossen die Träger des Raumkonzepts (UVEK, KdK, BPUK, SSV und SGV), den tripartiten Dialog auf technischer Ebene weiterzuführen und den Stand der Konkretisierungen und den Anpassungsbedarf des Raumkonzepts alle fünf Jahre zu prüfen. Hierzu setzten sie eine tripartite Kerngruppe unter der Federführung des ARE ein. Diese hat im Berichtsjahr erstmals einen Fünffjahresbericht im Sinne einer kritischen Standortbestimmung zum Stellenwert und zum Stand der Anwendung des Raumkonzepts Schweiz vorgelegt.

Am 23. März verabschiedete die Plenarversammlung eine entsprechende Stellungnahme. Aus Sicht der Kantone ist der Bericht eine zweckmässige Standortbestimmung. Die Kantonsregierungen stimmen den darin enthaltenen Schlussfolgerungen weitgehend zu. Insbesondere teilen sie die Auffassung der Kerngruppe, wonach das Raumkonzept Schweiz ein langfristiges Strategiedokument und eine Anpassung zum heutigen Zeitpunkt weder nötig noch zweckmässig ist. Sie halten zudem fest, dass die Akzeptanz des Raumkonzepts leidet, wenn das Raumkonzept als Grundlage dient, um finanzrelevante Entscheide vorzubereiten.

Stellungnahmen im Rahmen der Mitwirkung bei ausserpolitischen Entscheiden (gemäss Art. 55 BV)

Staatliche Beihilfen im Verhältnis Schweiz-EU

Mit Blick auf die Verhandlungen mit der EU verabschiedete die Plenarversammlung vom 23. März eine Stellungnahme zu den staatlichen Beihilfen. Die Kantone halten darin fest, dass materielle Beihilfebestimmungen sowie Regelungen zur Überwachung nicht im Rahmenabkommen selbst, sondern in sektoriellen Abkommen zu regeln sind. In Frage kommen nur autonome Regelungen, die der föderalistischen Struktur der Schweiz und den Eigenarten der einzelnen Wirtschaftssektoren hinreichend Rechnung tragen. Deren Anwendungsbereiche sind so auszugestalten, dass Auswirkungen auf andere Sektoren ausgeschlossen und nur Sachverhalte erfasst werden, die den Handel zwischen der Schweiz und der EU im betroffenen Sektor nachweislich beeinträchtigen. Eine Übernahme und dynamische Weiterentwicklungen der Beihilferegulungen der EU schliessen die Kantone kategorisch aus. Die Überwachung hat durch Schweizer Behörden zu erfolgen, deren Befugnisse im Rahmen der Bundesverfassung autonom festgelegt werden. Bei der Ernennung sei den Kantonen ein Vorschlagsrecht für mindestens die Hälfte der Mitglieder einzuräumen. Die vorgängige Meldung staatlicher Beihilfen zwecks Überprüfung soll fakultativ ausgestalten werden, gegebenenfalls unter Einräumung einer Anzeigebefugnis. Behördliche Bescheide gegenüber Bundes-, Kantons- und Gemeindebehörden sollen nur empfehlenden Charakter haben. Aus Gründen der Rechts- und Planungssicherheit sollen zudem Rückforderungen von nachträglich als unerlaubt deklarierten Beihilfen ausgeschlossen werden.

Vernehmlassung zu den Beiträgen des Bundes an die Olympischen Winterspiele «Sion 2026»

An der Plenarversammlung vom 23. März haben die Kantonsregierungen eine gemeinsame Stellungnahme zu den Beiträgen des Bundes an die Olympischen Winterspiele «Sion 2026» verabschiedet. Unter dem Vorbehalt der Zustimmung in den Austragungskantonen unterstützen die Kantone die Kandidatur Sion 2026 und haben den vom Bundesrat in Aussicht gestellten Beitrag zur Kenntnis genommen. Was den Einsatz von Polizeikräften betrifft, haben die Kantonsregierungen die Austragungskantone eingeladen, ihre Bedarfsberechnungen gemeinsam mit der Durchführungsorganisation und dem Bund zu konsolidieren. Nach dem Nein der Walliser Stimmbevölkerung zur finanziellen Unterstützung durch den Kanton am 10. Juni hat Swiss Olympic entschieden, die Kandidatur nicht einzureichen.

Vernehmlassung zur Änderung der Verordnung über Zulassung, Aufenthalt und Erwerbstätigkeit (VZAE) und Totalrevision der Verordnung über die Integration von Ausländerinnen und Ausländern (VIntA)

An der Plenarversammlung vom 23. März haben die Kantonsregierungen entschieden, die vom Bundesrat vorgeschlagenen Verordnungsanpassungen zu unterstützen. Positiv hervorgehoben haben sie den Abbau von Integrationshürden bei der Erwerbstätigkeit für Personen aus dem Asyl- und Flüchtlingsbereich. Kritisch beurteilten die Kantone hingegen die Bestimmungen zur Meldung einer Erwerbstätigkeit von vorläufig Aufgenommenen und Flüchtlingen: Aus Sicht der Kantone entlastet der Vorschlag des Bundesrates zwar die Arbeitgeber, die Prozesse für die Vollzugsbehörden hingegen würden sich komplizierter und aufwendiger gestalten, was angemessen finanziell zu entschädigen sei.

Vernehmlassung zum Wirksamkeitsbericht des Finanzausgleichs 2016–2019 zwischen Bund und Kantonen

Am 28. Juni verabschiedeten die Kantonsregierungen ihre Stellungnahme zum Wirksamkeitsbericht 2016–2019 und zur Verwendung der frei werdenden Bundesmittel. Die Bilanz der Kantonsregierungen zum nationalen Finanzausgleich 2016–2019 fällt positiv aus. Die Wirkungsanalyse zeigt, dass die Ziele weitgehend erreicht worden sind. Dennoch gibt es Optimierungsbedarf: Die Kantonsregierungen begrüssen, dass sich der Bundesrat weitestgehend den Vorschlägen der Kantone zur Anpassung des Ausgleichssystems anschliesst. Neu sollen sich die ressourcenschwachen Kantone auf eine gesetzlich garantierte Mindestausstattung von 86,5 % verlassen können. Nicht geäußert hat sich der Bundesrat hingegen zur Verwendung der frei werdenden Bundesmittel. Diese sind aber zwingend im Ausgleichssystem zu behalten. Die eine Hälfte soll dauerhaft in den Soziodemografischen Lastenausgleich (SLA) fliessen. Die andere Hälfte soll befristet zugunsten der ressourcenschwachen Kantonen verwendet werden.

Vernehmlassung zum Vorentwurf zur Parlamentarischen Initiative 14.422: Einführung des Verordnungsvetos

An der Plenarversammlung vom 27. September haben die Kantonsregierungen eine gemeinsame Stellungnahme verabschiedet, in der sie sich entschieden gegen die Einführung eines Verordnungsvetos aussprechen. Die vorhandenen politischen und rechtlichen Instrumente des Parlaments reichen aus, um den Willen des Gesetzgebers einzubringen. Aus Sicht der Kantone würde das Verordnungsveto primär zur Wahrung von Partikularinteressen eingesetzt werden. Wenn aber die Legislative in das rechtlich korrekt ausgeübte Vollzugsermessen der Exekutive eingreift, wird das Prinzip der Gewaltenteilung verletzt. Zudem führt das Verordnungsveto zu Verzögerungen und einem deutlichen Mehraufwand für alle beteiligten Akteure und kann Rechtsunsicherheiten mit sich bringen. Dadurch werden nicht zuletzt auch die Umsetzung und der Vollzug von Bundesrecht in den Kantonen erschwert.

Vernehmlassung zur Änderung der Verordnung über die Integration von Ausländerinnen und Ausländern (Umsetzung Integrationsagenda Schweiz)

Am 14. Dezember nahmen die Kantonsregierungen Stellung zu den bundesrätlichen Vorschlägen zur Umsetzung der Integrationsagenda Schweiz. Sie unterstützten die Vorlage, weil diese sich im Wesentlichen auf die von Bund und Kantonen im Vorfeld partnerschaftlich erarbeiteten Beschlüsse stützt. Die Integrationsagenda stellt aus Sicht der Kantone eine überzeugende Gesamtlösung dar, die in der Praxis einen erheblichen integrationspolitischen Mehrwert schaffen wird.

Positionsbezüge im Hinblick auf Volksabstimmungen (gemäss Art. 140 und 141 BV)

Kantone stehen klar hinter dem Geldspielgesetz

An der Plenarversammlung vom 23. März haben die Kantonsregierungen einen gemeinsamen Positionsbezug zum Geldspielgesetz verabschiedet: Die Kantone unterstützen das neue Gesetz, da es die Konsumentinnen und Konsumenten vor unbewilligten und unkontrollierten Angeboten schützt und dafür sorgt, dass die Anbieter ihren Gewinn nicht selber behalten, sondern Abgaben für AHV/IV, Sport, Kultur und Soziales zahlen. Dies kommt nicht zuletzt auch der Bevölkerung zugute. Das Gesetz wurde am 10. Juni 2018 an der Urne deutlich angenommen.

Kantone lehnen die Selbstbestimmungsinitiative ab

Die Kantonsregierungen haben an der Plenarversammlung vom 27. September einen Positionsbezug gegen die Selbstbestimmungsinitiative verabschiedet (weitere Informationen unter Punkt 2.2.2).

Kantone lehnen Zersiedelungsinitiative ab

Die Plenarversammlung verabschiedete am 14. Dezember einen Positionsbezug zur «Zersiedelungsinitiative». Die Kantonsregierungen lehnten die Initiative ab, da der angestrebte Bauzonen-Stopp einen erheblichen Eingriff in ihre raumplanerischen Kompetenzen darstellt und dem Föderalismus widerspricht. Der zentralistische Initiativtext nimmt aus Sicht der Kantonsregierungen keine Rücksicht auf regionale, kantonale und kommunale Unterschiede und hebt dadurch die Vorzüge des föderalistischen Systems aus. Zudem enthält die 2013 vom Stimmvolk angenommene RPG 1 bereits griffige Massnahmen gegen die Zersiedelung wie etwa die Verkleinerung zu grosser Bauzonen. Die Initiative wurde am 10. Februar 2019 an der Urne von Volk und Ständen deutlich abgelehnt.

2.1.5 Zusammenarbeit Bund - Kantone

Föderalistischer Dialog Bund – Kantone

Zweimal pro Jahr treffen sich Delegationen des Bundesrates und der KdK zum «Föderalistischen Dialog Bund – Kantone». An diesen Treffen sollen Kooperationsfragen im Verhältnis Bund – Kantone frühzeitig erkannt sowie der Informations- und Meinungsaustausch über wichtige föderalistische Themen sichergestellt werden. Im Berichtsjahr fanden am 23. März und am 9. November Föderalistische Dialoge statt. Dabei wurden unter anderem folgende Themen diskutiert: Europapolitik, Optimierung des Finanzausgleichs, Überprüfung der Aufgabenteilung Bund – Kantone, Integrationsagenda Schweiz, Nationale Föderalismuskonferenz, Digitalisierung (Leitlinien der Kantone und institutionelle Herausforderungen) und Bundesgerichtsentscheid in Sachen Stimmrechtsbeschwerde zur Volksabstimmung über das Geldspielgesetz.

Europadialog

Am 15. Februar, 11. Juni, 30. August, 16. Oktober sowie 17. Dezember trafen sich die Delegationen des Bundes und der Kantone. Im Vordergrund der Gespräche standen die Verhandlungen über ein institutionelles Rahmenabkommen zwischen der Schweiz und der EU sowie der Brexit und seine Folgen für die Schweiz.

Stammtisch der Kantone

Jeweils am Montagabend der zweiten Sessionswoche der eidgenössischen Räte lädt die KdK zu einem «Stammtisch der Kantone» ein. Mit dem Ziel, die Beziehungen zu den eidgenössischen Parlamentarierinnen und Parlamentariern zu pflegen und den Meinungsaustausch zu intensivieren, treffen sich dabei Vertreterinnen und Vertreter des Leitenden Ausschusses der KdK und weitere kantonale Regierungsmitglieder mit Mitgliedern des Ständerates sowie ehemaligen Regierungsmitgliedern des Nationalrates in ungezwungenem Rahmen. Der Stammtisch ist jeweils einem aktuellen politischen Thema gewidmet. Anlässlich der Sessionen der eidgenössischen Räte fanden 2018 drei Stammtische statt, an denen folgende Themen diskutiert wurden: Steuervorlage 17 / STAF-Vorlage, Totalrevision des Bundesgesetzes über das öffentliche Beschaffungswesen, Institutionelles Rahmenabkommen mit der EU (flankierende Massnahmen und staatliche Beihilfen), Überprüfung der Aufgabenteilung Bund – Kantone und Optimierung des Finanzausgleichs.

Treffen mit dem Büro des Ständerates

Zweimal pro Jahr findet ein Treffen zwischen dem Büro des Ständerates und dem Leitenden Ausschuss der KdK statt, um aktuelle politische Themen oder Fragen der Zusammenarbeit zwischen dem Ständerat und der KdK gemeinsam zu diskutieren. In der Berichtsperiode wurden am 4. Mai und am 31. August Treffen mit dem Büro des Ständerates durchgeführt. Neben allgemeinen Fragen der Zusammenarbeit Ständerat – KdK wurden unter anderem folgende Themen behandelt: Europapolitik, Steuervorlage 17 / STAF-Vorlage, Integrationsagenda Schweiz, Optimierung des Finanzausgleichs, Überprüfung der Aufgabenteilung Bund – Kantone, Selbstbestimmungsinitiative, Nationale Föderalismuskonferenz und Frühzeitiger Einbezug der Kantone in Gesetzgebungsprojekte des Parlaments.

Parlamentarische Anhörungen

Grundsätzlich liegt es im Ermessen des jeweiligen Kommissionspräsidiums, die Kantone bzw. entsprechende Delegationen der Kantone zu Anhörungen einzuladen, insbesondere dann, wenn vitale Interessen der Kantone betroffen sind. Damit die kantonalen Interessen im Ständerat besser berücksichtigt werden können, beschlossen Delegationen des Ständerates und der KdK anlässlich eines Treffens vom 7. Oktober 1998, in Zukunft vermehrt Vertreter der Kantone (Direktorenkonferenzen oder KdK) in die Kommissionsarbeit des Ständerates einzubeziehen.

In Umsetzung dieses Beschlusses übermittelt das Sekretariat des Ständerates der KdK jeweils kurz vor Sessionsbeginn eine Liste mit den zur Behandlung in den Kommissionen anstehenden Geschäften. Im Berichtsjahr nahm eine Delegation der KdK an folgenden Anhörungen teil:

Datum	Kommission	Geschäft
18.10.18	FK-S	Optimierung Nationaler Finanzausgleich

2.1.6 Koordination mit Direktorenkonferenzen und regionalen Regierungskonferenzen

Präsidienklausur KdK – Direktorenkonferenzen

Zweimal jährlich finden auf Einladung der KdK politische Klausuren zwischen den Präsidien der Direktorenkonferenzen und der KdK statt. Die Präsidienklausur vom 25./26. Januar bot die Gelegenheit zum gegenseitigen Informations- und Meinungsaustausch über aktuelle Arbeitsschwerpunkte der Konferenzen. In einem zweiten Teil diskutierten die Teilnehmenden gemeinsame Schwerpunktthemen: 1) Totalrevision Beschaffungsrecht, 2) Europapolitik und Staatsbeihilfen, 3) Integrationsagenda Schweiz, 4) E-Government/Digitalisierung sowie 5) Überprüfung der Aufgabenteilung Bund – Kantone. Ausserdem wurden weitere Themen mit Koordinationsbedarf unter den Konferenzen behandelt wie beispielsweise die Kommunikation oder das anstehende 10-Jahr-Jubiläum des Hauses der Kantone. An der Präsidienklausur vom 10. September wurden die folgenden Schwerpunktthemen diskutiert: 1) Europapolitik und Staatsbeihilfen, 2) Leitlinien der Kantone zur Digitalen Verwaltung, 3) Optimierung Finanzausgleich, 4) Öffentlichkeitsprinzip/Akten-einsicht sowie 5) Künftige Ausrichtung der Präsidientreffen.

Konferenz der Sekretäre der interkantonalen Konferenzen: Fachkoordination / Weiteres

Die Konferenz der Sekretäre der interkantonalen Konferenzen (KoSeKo), deren Sekretariat von der KdK geführt wird, koordiniert die Bearbeitung der Bundesgeschäfte und fördert die Zusammenarbeit und den Informationsaustausch unter den interkantonalen Konferenzen.

An den vier Sitzungen 2018 bestimmte die KoSeKo die federführenden und die interessierten Konferenzen für die neuen Vorlagen, die der Bund 2018 initiiert hat. Weiter tauschte die KoSeKo Informationen über die Abstimmungsvorlagen aus und äusserte sich zu folgenden Vorhaben: Ausarbeitung eines neuen Konzepts für das Föderalismusmonitoring, Umsetzung des Öffentlichkeitsprinzips, frühzeitiger Einbezug der Kantone in Rechtsetzungsvorhaben des Bundesparlaments, Schaffung einer Agenda der wichtigsten Kommunikationsmassnahmen der Direktorenkonferenzen. Weiter diskutierte die KoSeKo über die strategische Ausrichtung der Präsidienklausuren, den Länderbericht der Schweiz zur Umsetzung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung, die Legislaturplanung des Bundes 2019–2023 und die Optionen für eine bessere Nutzung der kommunikativen Potenziale im Haus der Kantone.

Im Herbst organisierte die KoSeKo eine Weiterbildungsveranstaltung zum Thema soziale Netzwerke. Aus der Diskussion über die Nutzung der sozialen Netzwerke als Kommunikationsmittel für öffentliche Stellen ging hervor, dass zuhanden der interkantonalen Konferenzen ein Konzept für die Verwendung der sozialen Netzwerke erarbeitet werden sollte.

Regionale Regierungskonferenzen

Die Vertreterinnen und Vertreter der Sekretariate der regionalen Regierungskonferenzen sowie der Regierungskonferenz des Metropolitanraums Zürich trafen sich am 27. April mit der Generalsekretärin der KdK und am 15. November mit dem stellvertretenden Generalsekretär der KdK zu einem gegenseitigen Informations- und Gedankenaustausch über die wichtigsten Aktivitäten und Projekte der regionalen Regierungskonferenzen. Die KdK informierte über den Stand der Arbeiten und das weitere Vorgehen bei ihren prioritären Projekten.

2.2 Weitere Themen

2.2.1 Allgemeines

Öffentlichkeitsprinzip: Grundsätze für die KdK

An der Plenarversammlung vom 28. Juni haben die Kantonsregierungen gemeinsame Grundsätze zum Öffentlichkeitsprinzip der KdK verabschiedet. Ausgehend von der gängigen Praxis der KdK regeln diese die Information der Öffentlichkeit, insbesondere den Zugang zu Dokumenten der KdK. Dadurch wird Transparenz über die Organisation, den Auftrag und die Tätigkeit der KdK geschaffen. Die Grundsätze sind auf der KdK-Website abrufbar unter <https://kdk.ch/de/die-kdk/grundlagen/>.

Geldspielgesetz: Stimmrechtsbeschwerde

Gegen den von der KdK-Plenarversammlung am 23. März verabschiedeten Positionsbezug zum Geldspielgesetz wurde eine Abstimmungsbeschwerde am Bundesgericht eingereicht. Das Bundesgericht hat mit seinem Urteil vom 29. Oktober alle vorgebrachten Beschwerden abgewiesen. Gleichzeitig hat es seine bisherige Rechtsprechung dahingehend weiterentwickelt, dass eine Kantonsregierung auch dann eine Abstimmungsempfehlung abgeben darf, wenn der jeweilige Kanton namhaft betroffen ist. Auf interkantonomer Ebene kann die KdK, die im Namen der Gesamtheit der Kantonsregierungen auftreten kann, eine Abstimmungsempfehlung abgeben, wenn eine durchgehende oder mehrheitlich starke Betroffenheit der Kantone vorliegt. Die Interventionen müssen, ebenso wie diejenigen des Bundesrates, sachlich, verhältnismässig und transparent sein. Damit hat das Bundesgericht die von der KdK angewandten Kriterien für Behördeninformationen bestätigt.

Monitoringlösung für Konferenzen und Kantone (Mokka)

Die Monitoringlösung für Konferenzen und Kantone (MOKKA) ging im April 2017 in Betrieb. Wie vorgesehen wurden die Leistungen von Mokka sowie notwendige Weiterentwicklungen evaluiert. Es wurde beschlossen, MOKKA im Rahmen der Neukonzeption Föderalismusmonitoring abzulösen, da diese Lösung nicht entsprechend weiterentwickelt werden kann und auch die für MOKKA gesetzten Ziele nicht erreicht werden konnten.

Forum of Federations

Die Schweiz unterstützt die Arbeiten des Forum of Federations (FoF) seit dessen Gründung 1999 mit Fachwissen sowie im Rahmen von Veranstaltungen. Seit 2005 ist die Schweiz auch formell ein Partnerstaat des FoF. Im Vorstand des FoF ist die Schweiz aktuell durch den ehemaligen Landammann und alt Ständeratspräsidenten Hans Altherr vertreten. Die KdK hat mit dem FoF derzeit einen Vertrag für die Jahre 2017 bis 2020. Der darin festgehaltene Unterstützungsbeitrag von 50 000 Franken pro Jahr steht jeweils unter dem Vorbehalt, dass die Kantonsregierungen dem Budget der KdK zustimmen.

Empfang von Delegationen

Die KdK empfängt jedes Jahr Delegationen aus dem In- und Ausland, die sich für Föderalismus, das politische System der Schweiz und den Finanzausgleich interessieren. Im Berichtsjahr besuchten folgende Delegationen die KdK respektive das Haus der Kantone:

Datum	Delegation / Land
19.2.18	Vertreter russisches Parlament
10.4.18	Ukrainische Delegation
29.8.18	Delegation aus Myanmar
10.9.18	Australische Delegation
17.9.18	Ausschuss für konstitutionelle Fragen des Europäischen Parlaments (AFCO)
14.11.18	Delegation russischer Journalisten
16.11.18	Südkoreanische Delegation

Finanzbericht zu den Regierungs- und Direktorenkonferenzen

Die ch Stiftung für eidgenössische Zusammenarbeit erarbeitet jedes Jahr einen Bericht mit Informationen zu den finanziellen (Ausgaben und Einnahmen) und strukturellen Aspekten (Bestandeszahlen) der KdK und der Direktorenkonferenzen. Der Finanzbericht 2017 wurde der Plenarversammlung der KdK vom 14. Dezember zur Kenntnisnahme vorgelegt und anschliessend an alle Direktorenkonferenzen übermittelt. Der Finanzbericht 2017 zeigt, dass die Ausgaben und Einnahmen der Direktorenkonferenzen zwischen 2016 und 2017 zurückgegangen sind. Das Berichtsjahr 2017 schloss mit einem Gewinn ab.

2.2.2 Aussenpolitik

Europapolitik

Wie in den Vorjahren nahmen Vertreterinnen und Vertreter aus den verschiedenen Arbeitsgruppen der Begleitorganisation der KdK an den Sitzungen der Gemischten Ausschüsse in den Bereichen Personenfreizügigkeit, Öffentliches

Beschaffungswesen sowie Land- und Luftverkehr teil. Zusammen mit der Begleitorganisation der KdK setzte der Bereich Aussenpolitik die Beobachtung und Analyse der Weiterentwicklung der sektoriellen Abkommen zwischen der Schweiz und der EU sowie der allgemeinen europapolitischen Entwicklungen fort. Schliesslich nahmen Vertreterinnen und Vertreter des KdK-Sekretariats auch an den im Berichtsjahr durchgeführten Verhandlungen mit der EU über ein institutionelles Rahmenabkommen teil.

Brexit

Im Hinblick auf den Austritt des Vereinigten Königreiches (UK) aus der EU setzte der Bundesrat seine Bestrebungen fort, die gegenseitigen Rechte und Pflichten über den Zeitpunkt des Brexit hinaus sicherzustellen und allenfalls auszubauen (Strategie «Mind the gap»). An der Plenarversammlung vom 28. Juni sicherten die Kantonsregierungen dem Bundesrat ihre diesbezügliche Unterstützung zu. Darüber hinaus informierte der Bundesrat die Vertreterinnen und Vertreter der KdK im Rahmen der periodisch stattfindenden Europadialoge über die Entwicklungen in den Beziehungen zwischen der Schweiz und dem UK. Das Sekretariat der KdK nahm zudem an Gesprächen zwischen der Schweiz und dem UK über ein bilaterales Abkommen zur Wahrung der erworbenen Rechte von schweizerischen und britischen Bürgern im jeweiligen Niederlassungsstaat teil.

Selbstbestimmungsinitiative

Die Volksinitiative «Schweizer Recht statt fremde Richter» (Selbstbestimmungsinitiative) wurde am 12. August 2016 eingereicht. Ziel der Initiative war es, den Vorrang des schweizerischen Verfassungsrechts gegenüber dem Völkerrecht zu stärken. In seiner Botschaft vom 5. Juli 2017 hat der Bundesrat die Initiative zur Ablehnung empfohlen. Aufgrund der grossen Tragweite der Selbstbestimmungsinitiative für die internationale Glaubwürdigkeit der Schweiz hätte eine Annahme den Abschluss von weiteren Abkommen mit der EU wie auch von Freihandelsverträgen massgeblich erschweren können. Die Kantone haben sich deshalb in der Plenarversammlung der KdK vom 27. September in einen gemeinsamen Positionsbezug gegen die Selbstbestimmungsinitiative ausgesprochen.

EFTA (inkl. Regionalforum)

Das Sekretariat der KdK verfolgte im Berichtsjahr weiter die intensivierten Bemühungen des Bundes im Hinblick auf den Abschluss von Freihandelsabkommen sowie die Aktualisierung und Weiterentwicklung bestehender Freihandelsabkommen mit Drittstaaten ausserhalb der EU – sei es bilateral oder im Rahmen der EFTA. Zudem nahmen Vertreter der Kantone als Beobachter an den Sitzungen des EFTA-Regionalforums teil.

WTO/GATS

Im Berichtsjahr verfolgte das Sekretariat der KdK weiterhin die Entwicklungen im Rahmen der laufenden WTO-Verhandlungen.

Begleitorganisation Schengen/Dublin

Die 2016 beschlossene Reorganisation der interkantonalen Begleitorganisation Schengen/Dublin der KdK (BOSD) wurde Ende 2017 mit der Wahl der kantonalen Experten für die einzelnen Expertenpools in den Bereichen Polizeizusammenarbeit, Migration/Asyl, Grenzen, Justizielle Zusammenarbeit sowie Datenschutz formell abgeschlossen. Wie in den vergangenen Jahren nahmen die politischen Vertreter und Experten der Begleitorganisation Schengen/Dublin an der Seite des Bundes an Sitzungen der Gemischten Ausschüsse und Arbeitsgruppen der EU zu rechtsetzenden Weiterentwicklungen von Schengen/Dublin teil. Im Zentrum der Begleitarbeiten standen neben der Umsetzung des Datenschutzes, politische Massnahmen und Gesetzgebungsarbeiten der EU zur Stärkung der Aussengrenzen und der Inneren Sicherheit sowie im Bereich Asyl und Migration. Mit Ausnahme des Bereichs Polizeizusammenarbeit konnten 2018 in allen Bereichen kantonale Experten für die periodischen Überprüfungen der Umsetzung des Schengen/Dublin-Acquis in den Mitgliedstaaten der EU gewonnen werden (sogenannte Schengen/Dublin-Evaluationen).

Schengen/Dublin: Datenschutz

Die Arbeitsgruppe Datenschutz der BOSD verfolgte im Berichtsjahr die Entwicklungen im Datenschutz der EU, welche im Zeichen der Umsetzung der 2016 in Kraft getretenen Datenschutzreformen der EU standen. Der kantonale Anpassungsbedarf an die schengenrelevanten Bereiche der EU-Datenschutzrevision wurden Ende 2016/Anfang 2017 durch die Arbeitsgruppe Datenschutz der Begleitorganisation Schengen/Dublin (BOSD) mittels eines Berichts zuhanden der Kantone aufgezeigt. Die Kantone mussten ihre Datenschutzgesetzgebung bis August 2018 anpassen. Am 1. März 2019 tritt das analoge Schengen-Datenschutzgesetz des Bundes in Kraft. Die Bestimmungen verpflichten die Strafverfolgungsbehörden von Bund und Kantonen, neue Arbeitsinstrumente, wie die Datenschutzfolgenabschätzung, anzuwenden oder Datenschutzverletzungen zu melden. Zudem erhalten die Datenschutzbehörden von Bund und Kantonen zusätzliche Aufsichtskompetenzen und sowie die Befugnis, Verfügungen zu erlassen. Die neuen Instrumente sollen später durch das Datenschutzgesetz übernommen und auf die Datenbearbeitung durch Private sowie andere Zwecke ausgedehnt werden. Das Jahr 2018 stand auch im Zeichen der Nachbearbeitung zu den 2018 abgeschlossenen Schengen/Dublin-Evaluationen in der Schweiz durch Experten der EU-Kommission und der Mitgliedstaaten. Die definitiven Empfehlungen der EU werden in der ersten Hälfte 2019 erwartet.

Kongress der Gemeinden und Regionen Europas

Am 27./28. März bzw. am 6./7. November fanden zwei Sitzungen des Kongresses der Gemeinden und Regionen des Europarates (KGRE) statt. Präsident der Schweizer Delegation ist Staatsrat David Eray (JU).

Nachdem Staatsrätin Marie Garnier (FR) am 30. April ihr Regierungsamt niedergelegt hat, ist ihr Sitz in der Schweizer Delegation beim KGRE auf Ende der Periode 2016–2020 neu zu besetzen. Die KdK lud die Westschweizer Regierungskonferenz (WRK) ein, eine Vertreterin oder einen Vertreter zur Ergänzung der kantonalen Delegation zu nominieren. Am Jahresende informierte die WRK die KdK über die Nomination von Staatsrat Didier Castella (FR). Seine Kandidatur ist noch vom Leitenden Ausschuss und von der Plenarversammlung der KdK zu bestätigen. Sie wird anschliessend dem EDA-Vorsteher unterbreitet werden, dem die definitive Ernennung obliegt.

Korruptionsbekämpfung

Der Bundesrat beschloss am 25. April, das Mandat der Interdepartementalen Arbeitsgruppe Korruptionsbekämpfung (IdAG) leicht zu revidieren und um zehn Jahre zu verlängern. In diesem Zusammenhang beabsichtigt der Bundesrat, die Zusammenarbeit mit den Kantonen im Bereich der Korruptionsbekämpfung zu stärken. Konkret hält das Mandat fest, dass Bund und Kantone ein Informationsnetzwerk über Korruption betreiben sollen. Im Rahmen eines Treffens zwischen dem Sekretariat der KdK und dem federführenden Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) vereinbarten beide Seiten, ein Netzwerk mit Einbezug von kantonalen Ansprechpartnern im Bereich der Korruptionsbekämpfung zu schaffen. Die konstituierende Sitzung des Netzwerks fand unter der gemeinsamen Leitung des EDA und des Sekretariats der KdK am 22. November in Bern statt.

Agenda 2030

Am 25. September 2015 verabschiedeten die UNO-Mitgliedstaaten in New York die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung. Im Dezember 2015 legte der Bundesrat das Vorgehen im Rahmen der Agenda 2030 für die Schweiz fest. Am 20. Juni 2018 verabschiedete er den Länderbericht der Schweiz zur Umsetzung der Agenda 2030. Bundesrätin Doris Leuthard stellte diesen am 18. Juli 2018 bei der UNO in New York vor.

Nach Prüfung des Länderberichts ist die KdK zum Schluss gekommen, dass ein koordiniertes Vorgehen ihrerseits nicht notwendig erscheint. Den Kantonen ist es freigestellt, in bestimmten Bereichen Massnahmen zu treffen, und die Direktorenkonferenzen entscheiden, ob und wie sie sich engagieren wollen. Im Anschluss an die Diskussionen in der Plenarversammlung und im Leitenden Ausschuss der KdK sowie im Rahmen der KoSeKo wurde schliesslich beschlossen, dass die KdK bei der Umsetzung der Agenda 2030 nur dann tätig wird, falls eine politische Intervention erforderlich ist.

2.2.3 Innenpolitik

Umsetzung von Bundesrecht durch die Kantone

Die Umsetzungsarbeiten des 2012 verabschiedeten Berichts zur besseren Umsetzung von Bundesrecht durch die Kantone sind weitgehend abgeschlossen. Offen ist noch der frühzeitige Einbezug der Kantone in Gesetzgebungsprojekte des Parlaments. Diesbezüglich hat die KdK im Berichtsjahr das Gespräch mit dem Büro Ständerat gesucht und gemeinsam einen Lösungsansatz skizziert, der vorsieht, den frühzeitigen Einbezug der Kantone auf Stufe Parlament im Rahmen der bereits bestehenden Abläufe und Instrumente zu gewährleisten.

Im Berichtsjahr wurde zudem die Ende 2017 beschlossene Neuorganisation der Arbeitsgruppe «Umsetzung Bundesrecht» vollzogen. Eine der Kernaufgaben der neuen Arbeitsgruppe ist die Unterstützung beim geplanten Monitoring der in den letzten Jahren eingeführten Hilfsmittel und Arbeitsinstrumenten im Bereich der Umsetzung von Bundesrecht. Ein weiteres Aufgabenfeld ist die Beratung des KdK-Sekretariates bei spezifischen juristischen Fragestellungen. Dabei handelt es sich insbesondere um Fragen zu Vernehmlassungen, Gesetzgebungsprojekten oder sonstigen juristischen Geschäften oder Projekten. Die in der früheren Arbeitsgruppe vertretenen Fachpersonen aus allen Kantonen werden als erweitertes Netzwerk weiterhin gepflegt.

Interkantonales Streitbeilegungsverfahren (IVK)

Im Berichtsjahr wurden drei interkantonale Streitbeilegungsverfahren abgeschlossen. Alle drei Verfahren bezogen sich auf die Interkantonale Vereinbarung für soziale Einrichtungen (IVSE). Diese Mediationsgesuche wurden gemäss den Bestimmungen der Rahmenvereinbarung für die interkantonale Zusammenarbeit mit Lastenausgleich (IRV) vom 24. Juni 2005 behandelt.

In allen drei Verfahren konnte eine Einigung zwischen den betroffenen Kantonen gefunden werden. Das Verfahren betreffend eine Streitigkeit zwischen den Kantonen Zürich und Schwyz im Zusammenhang mit dem Verfahren für die Gesuche und Erteilung von Kostenübernahmegarantien konnte im Rahmen des informellen Vorverfahrens – für welches der Präsident der KdK zuständig ist – abgeschlossen werden.

Die beiden anderen Mediationsgesuche standen in Zusammenhang mit einer Streitigkeit über den Wohnsitz von Personen mit besonderen Pflege- und Betreuungsbedürfnissen in Sozialeinrichtungen ausserhalb ihres Wohnkantons. Beteiligt waren die Kantone Zürich und Wallis bzw. die Kantone St. Gallen, Thurgau, Schaffhausen und Appenzell Ausserrhodens. Nach dem informellen Vorverfahren wurden die Gesuche an die Interkantonale Vertragskommission (IVK) weitergeleitet. Unter der Führung der IVK konnten die Kantone eine Verständigung erzielen.

Fachkräfteinitiative plus

2015 hatten der Bundesrat und die Kantonsregierungen die Fachkräfteinitiative plus lanciert. Ziel war es, zu einer besseren Deckung der Arbeitsmarktnachfrage durch inländische Arbeitskräfte beizutragen sowie die Akzeptanz für die Zuwanderung zu stärken. Die Vereinbarung wurde auf drei Jahre befristet und lief in der zweiten Hälfte 2018 aus. Die Kantonsregierungen wiesen in einer Bilanz darauf hin, dass auf kantonaler Ebene in diversen Politikbereichen zahlreiche Massnahmen zur Ausschöpfung des inländischen Fach- und Arbeitskräftepotenzials lanciert worden sind. Da der Fachkräftebedarf aber anhaltend hoch ist, empfahlen die Kantone dem Bundesrat, die Fachkräfteinitiative im Rahmen der Regelstruktur des WBF (SECO) weiterzuführen.

Kompetenzzentrum für Föderalismus (Motion 18.3238)

Die am 15. März von Ständerat Beat Vonlanthen eingereichte Motion 18.3238 «Kompetenzzentrum Föderalismus» beauftragt den Bundesrat, Massnahmen zu treffen, um analog zu anderen Bereichen von nationalem Interesse die Gewährleistung qualitativ hochstehender Dienstleistungen im Themenbereich Föderalismus sicherzustellen. Die Kantone erwarten, dass sich der Bund ebenfalls an der Grundfinanzierung beteiligt – genau so, wie das internationale Forum of Federations auch vom Bund (BJ, DEZA) und den Kantonen (KdK) gemeinsam finanziell unterstützt wird. Der Leitende Ausschuss der ch Stiftung hat an seiner Sitzung vom 26. April die Präsidenten von ch Stiftung und KdK beauftragt, diesbezüglich das Gespräch mit der Vorsteherin des EJPD zu suchen. Im Hinblick auf die Behandlung der Motion durch den Ständerat wurde zudem ein Faktenblatt zuhanden der Parlamentarier erstellt.

Steuervorlage und AHV-Finanzierung (STAF-Vorlage)

Am 28. September verabschiedete das Parlament die Änderung des Bundesgesetzes über die Steuerreform und die AHV-Finanzierung (STAF-Vorlage) mit 112 zu 67 Stimmen bei 11 Enthaltungen (Nationalrat) und mit 39 zu 4 Stimmen bei 2 Enthaltungen (Ständerat). Die Junge GLP, die Junge SVP und die Grünen haben beschlossen, das Referendum gegen die STAF-Vorlage zu ergreifen. Verschiedene Gewerkschaftsorganisationen und Verbände unterstützen das Referendum ebenfalls. Hauptkritikpunkte sind die Verknüpfung von Steuerreform und AHV-Finanzierung, die Gefahr von Steuerdumping, die negativen Folgen für die Mittelschicht, die Steuereinsparungen für die Kantone und die zusätzliche Belastung für die junge Generation. Nachdem das Referendum zustande gekommen ist, hat der Bundesrat die Volksabstimmung auf den 19. Mai 2019 angesetzt. Aufgrund der jüngsten Rechtsprechung des Bundesgerichts zur Behördeninformation hat die für dieses Dossier zuständige Konferenz der kantonalen Finanzdirektorinnen und Finanzdirektoren (FDK) die KdK gebeten, einen gemeinsamen Positionsbezug der Kantone zur STAF-Vorlage mit der Abstimmungsempfehlung «Ja» auszuarbeiten.

2.2.4 *Mandate*

Geschäftsstelle der Tripartiten Konferenz

Gestützt auf die Vereinbarung über die Tripartite Konferenz (TK) sowie einen entsprechenden Leistungsvertrag zwischen den Geschäftsstellen der TK-Träger (Bundesrat, KdK, SSV und SGV) führt die KdK die Geschäftsstelle der TK. Die entsprechenden Arbeiten umfassten im Berichtsjahr einerseits die Vor- und Nachbereitung der TK-Sitzungen vom 22. Juni und 26. Oktober, der Sitzungen der Tripartiten Technischen Arbeitsgruppe (TTA) vom 24. April und 5. September sowie des Ausschusses der Delegationsvorsitzenden vom 27. November. Andererseits stellte die Geschäftsstelle die Begleitung der laufenden TK-Projekte sicher. Namentlich leistete sie fachliche und administrative Unterstützung für die jeweils tripartit zusammengesetzten Projektleitungen und übernahm die Koordination mit externen Mandatsträgern. Diesbezüglich verdienen die folgenden Arbeitsschwerpunkte Erwähnung:

Jubiläumsveranstaltung Raumkonzept Schweiz

Im Berichtsjahr fand unter dem Patronat der Tripartiten Konferenz (TK) eine Jubiläumsveranstaltung zum fünfjährigen Bestehen des Raumkonzepts Schweiz statt. Die Geschäftsstelle unterstützte das federführende Bundesamt hier insbesondere in organisatorischer Hinsicht.

An dieser Veranstaltung blickten Vertreterinnen und Vertreter aus Politik, Verwaltung, Wissenschaft und Praxis auf das Erreichte zurück und öffneten den Blick in die Zukunft. Es wurde deutlich, dass das Raumkonzept Schweiz sich als Orientierungsrahmen in der schweizerischen Raumentwicklung etabliert hat. Die Ziele und Strategien des Raumkonzepts sind nach wie vor aktuell und geben auch nach fünf Jahren wichtige Hinweise für eine nachhaltige räumliche Entwicklung.

Es wurde aber nicht nur das bisher Erreichte gewürdigt. Die Teilnehmenden diskutierten in vier Workshops auch Themenbereiche, in denen die Trägerorganisationen des Raumkonzepts Schweiz (UVEK, BPUK, KdK, SSV und SGV) Herausforderungen für die räumliche Entwicklung der Schweiz sehen, die auch künftig nur über alle staatlichen Ebenen hinweg gemeinsam zu bewältigen sind. Diese sind unter anderem der nationale Zusammenhalt und Stadt-Land-Beziehungen, die Zusammenarbeit in Handlungsräumen, der Strukturwandel und Zukunftsbilder. Die Erkenntnisse aus den Workshops sollen in die weiteren gemeinsamen Arbeit einfließen.

Finanzierungs-, Nutzen- und Lastenausgleichsfragen

Wie können Aufgaben in funktionalen Räumen wie Agglomerationen, Regionen oder Tourismusgebieten finanziert werden, damit Nutzen und Lasten ausgewogen verteilt sind? Der im Auftrag der Tripartiten Konferenz von Ecoplan mit Unterstützung einer tripartiten Begleitgruppe erarbeitete Bericht «Finanzierung und Ausgleich von Nutzen und Lasten in funktionalen Räumen: Erfahrungen und Empfehlungen» geht dieser Frage nach und liefert wertvolle Hinweise für alle, die sich mit Finanzierungsfragen in funktionalen Räumen befassen. Der Bericht gibt einen breiten Überblick über

grundsätzlich mögliche Finanzierungs- und Ausgleichssysteme für funktionale Räume und stellt eine Vielzahl interessanter Beispiele detaillierter vor, die ein grosses Spektrum an Lösungsmöglichkeiten aufzeigen. Der zugehörige Kurzbericht «Gemeinsame Aufgaben finanzieren – Nutzen und Lasten ausgleichen: Empfehlungen für funktionale Räume» (Ecoplan 2018) dient Akteuren in der Praxis als Leitfaden für die Erarbeitung zweckmässiger Finanzierungs- und Ausgleichssysteme.

Die TK hat den Bericht an ihrer Sitzung vom 26. Oktober positiv gewürdigt und unter Berücksichtigung der Studienergebnisse Empfehlungen an alle staatlichen Ebenen verabschiedet. Die Geschäftsstelle der TK informierte alle interessierten Kreise über die Projektergebnisse sowie die Empfehlungen der TK. Sie wurde zudem beauftragt abzuklären, welche Kanäle mittelfristig für die Wissensvermittlung und Vernetzung zur Thematik der Finanzierungs- und Ausgleichssysteme für funktionale Räume dienen könnten.

Kohärente Raumentwicklung in Stadt-Land übergreifenden Regionen

Die TK bewilligte an ihrer Sitzung vom 3. November 2017 das Projekt «Kohärente Raumentwicklung in Stadt-Land-übergreifenden Regionen». Zur Förderung einer kohärenten Raumentwicklung, wie sie im Raumkonzept Schweiz postuliert wird, will die TK mit diesem Projekt die Akteure auf allen staatlichen Ebenen sowie die regionalen Akteure für die Zusammenarbeitspotenziale in Stadt-Land-übergreifenden Räumen sensibilisieren. Sie will anhand konkreter Beispiele aufzeigen, wie durch Zusammenarbeit im funktionalen Raum gemeinsame Entwicklungschancen besser genutzt und Aufgaben effizienter erfüllt werden können. Zudem soll das Projekt zur Klärung der Rolle und Beiträge von Bund, Kantonen, Städten und Gemeinden bezüglich einer kohärenten Raumentwicklung beitragen.

Im Berichtsjahr fanden am 22. Januar und am 16. Mai Sitzungen der für das Projekt eingesetzten tripartiten Begleitgruppe statt. Darüber hinaus wurden im 4. Quartal in drei ausgewählten Regionen (Oberwallis, Bern-Mittelland und Raum Lausanne) regionale Veranstaltungen durchgeführt. Die Veranstaltungen waren so konzipiert, dass sie in das übergeordnete Projekt der TK eingebettet waren, aber auch den einzelnen Regionen einen konkreten Mehrwert brachten. Die Ergebnisse des Projekts werden für die TK vom 21. Juni 2019 vorliegen.

Geschäftsstelle der Schweizerischen Konferenz der Integrationsdelegierten

Das Sekretariat der KdK führt seit 2006 die Geschäftsstelle der Schweizerischen Konferenz der kantonalen, regionalen und kommunalen Integrationsdelegierten (KID). Die Geschäftsstelle organisierte drei gesamtschweizerische Tagungen, drei Vorstandssitzungen und eine Retraite und nahm an verschiedenen Sitzungen der KID-Regionalkonferenzen sowie von Partnerorganisationen teil.

Die Begleitung der Integrationsagenda Schweiz blieb weiterhin ein Schwerpunkt. Verschiedene KID-Mitglieder unterstützten die Umsetzungsarbeiten in Arbeitsgruppen zur IAS. Die KID positionierte sich in den Vernehmlassungen zu VZAE, VIntA und AsylV 2. Sie beschäftigte sich vertieft mit den Themen Gesichtsverhüllungsverbot und der Asylpraxis gegenüber vorläufig aufgenommenen Eritreerinnen und Eritreern. Zudem nahm sie an ihrer Herbsttagung eine Standortbestimmung der heutigen Integrationsarbeit vor und diskutierte die (neuen) Herausforderungen.

03

3 Rechnung

Bei der vorliegenden Jahresrechnung handelt es sich um eine gekürzte Darstellung. Der Revisionsbericht bezieht sich auf die umfassende Jahresrechnung.

Jahresrechnung 2018

	Rechnung 2018	Budget 2018	Rechnung 2017
Kantonsbeiträge	3'296'000.00	3'296'000	3'296'000.00
Beiträge TK Bund und Gemeinden	300'383.25	300'000	288'260.83
Übrige Einnahmen	3'892.77	0	7'497.26
Total Ertrag	3'600'276.02	3'596'000	3'591'758.09
Personalaufwand	2'690'180.06	2'876'000	2'754'157.95
Betriebsaufwand	394'491.86	420'000	400'372.45
Arbeitsgruppen / Projekte	350'074.58	180'000	303'857.91
Tripartite Konferenz (TK)	120'383.25	120'000	110'101.23
Total Aufwand	3'555'129.75	3'596'000	3'568'489.54
Einnahmeüberschuss	45'146.27	0	23'268.55
Guthaben Kantone 31.12.2018	1'366'402.50		

Die Jahresrechnung 2018 der KdK schliesst bei einem Aufwand von CHF 3'555'129.75 (Kantonsbeiträge CHF 3'296'000.00) mit einem Ertragsüberschuss von CHF 45'146.27 ab. Dieser wird gemäss Kostenverteiler dem Guthaben der Kantone zugewiesen, welches sich dadurch auf CHF 1'366'402.50 erhöht.

Die Revision der Jahresrechnung 2018 wurde am 11. April 2019 durch die Von Graffenried AG Treuhand vorgenommen. Der Bericht der Revisionsstelle befindet sich im Anhang 5 dieses Berichts.

Kostenverteiler 2018 (gemäss Art. 14 der Vereinbarung vom 8.10.1993)

Kanton	Mittlere Wohnbevölkerung 2015	Schlüssel 2015	Kantonsbeiträge 2018
Aargau	649'476.0	7.84%	258'461
Appenzell AR	54'303.5	0.66%	21'610
Appenzell IR	15'914.0	0.19%	6'333
Basel-Landschaft	282'266.0	3.41%	112'328
Basel-Stadt	191'198.5	2.31%	76'088
Bern / Berne	1'013'450.5	12.24%	403'305
Fribourg / Freiburg	305'419.0	3.69%	121'542
Genève	481'060.5	5.81%	191'439
Glarus	39'911.0	0.48%	15'883
Graubünden / Grischun / Grigioni	196'248.0	2.37%	78'097
Jura	72'596.0	0.88%	28'890
Luzern	396'683.0	4.79%	157'861
Neuchâtel	177'717.0	2.15%	70'723
Nidwalden	42'250.0	0.51%	16'813
Obwalden	36'955.0	0.45%	14'706
St. Gallen	497'444.5	6.01%	197'959
Schaffhausen	79'626.5	0.96%	31'688
Schwyz	153'426.0	1.85%	61'056
Solothurn	265'068.5	3.20%	105'485
Thurgau	265'581.0	3.21%	105'689
Ticino	351'154.5	4.24%	139'743
Uri	35'990.5	0.43%	14'323
Valais / Wallis	333'729.5	4.03%	132'808
Vaud	767'426.50	9.27%	305'399
Zug	121'111.5	1.46%	48'197
Zürich	1'456'389.00	17.58%	579'574
Total	8'282'396	100.00%	3'296'000

Einwohnerzahlen gemäss Wohnbevölkerung Bundesamt für Statistik

Sommaire

Avant-propos	32
1 Organisation	34
1.1 Assemblée plénière.....	34
1.2 Bureau.....	35
1.3 Autres commissions politiques et groupes de travail techniques.....	36
1.4 Secrétariat.....	36
2 Activités	38
2.1 Axes prioritaires.....	38
2.1.1 Généralités.....	38
2.1.2 Politique extérieure.....	39
2.1.3 Politique intérieure.....	40
2.1.4 Prises de position.....	43
2.1.5 Collaboration Confédération-cantons.....	45
2.1.6 Coordination avec les conférences des directeurs et les conférences gouvernementales régionales	46
2.2 Autres activités	47
2.2.1 Généralités.....	47
2.2.2 Politique extérieure.....	48
2.2.3 Politique intérieure.....	50
2.2.4 Mandats.....	52
3 Comptes.....	55
Annexes.....	57

Avant-propos

Madame, Monsieur,

En 2018, les cantons ont fêté un anniversaire un peu particulier : voilà déjà dix ans en effet que la Maison des cantons a ouvert ses portes, marquant un tournant dans la collaboration intercantonale. Située en plein cœur de Berne, elle est la plateforme idéale pour renforcer la coopération et la rendre plus efficace. La Conférence des gouvernements cantonaux (CdC) est fière de faire partie de ce projet d'envergure, qui permet aux cantons de faire entendre leur voix dans la Berne fédérale.

La CdC peut se prévaloir de certains succès remportés durant l'année sous revue. Je pense notamment à l'optimisation de la péréquation financière nationale : à l'automne, le Conseil fédéral a approuvé les propositions que les cantons avaient élaborées et adopté le message en ce sens. Les Chambres fédérales les ont ensuite avalisées. Comblar les disparités économiques et structurelles entre les cantons est l'un des piliers du fédéralisme suisse et l'un des principaux facteurs de cohésion du pays. Certains pans du système avaient toutefois des points faibles. La révision partielle de la loi fédérale sur la péréquation financière et la compensation des charges (PFCC) apportera les correctifs nécessaires, rétablissant l'équilibre entre concurrence et solidarité.



Je pense également à l'Agenda Intégration Suisse, adopté conjointement par la Confédération et les cantons au printemps 2018. Les coûts de l'intégration des personnes relevant du domaine de l'asile et ceux induits en cas d'échec pèsent considérablement sur les finances des cantons. Ceux-ci ont donc exhorté le Conseil fédéral à prendre à sa charge une part nettement plus élevée des coûts de l'encouragement de l'intégration. Les deux parties sont ainsi convenus d'objectifs contraignants à atteindre au moyen d'un processus d'intégration modulaire, et le Conseil fédéral a décidé d'augmenter le forfait d'intégration de 6 000 à 18 000 francs.

Je pense enfin aux lignes directrices relatives à l'administration numérique adoptées par les cantons en septembre, dans l'optique de forger une vision commune et d'accompagner la numérisation de l'échelon administratif. Elles proposent des solutions concrètes pour relever les défis auxquels les cantons sont aujourd'hui confrontés dans les domaines de la numérisation et de la cyberadministration.

L'accord-cadre institutionnel avec l'Union européenne a dominé les activités du secteur Politique extérieure. En début d'année, les gouvernements cantonaux ont repris les discussions sur les aides d'État qui avaient débuté en 2017 et adopté une prise de position. En chargeant deux experts indépendants d'analyser les conséquences potentielles pour la Suisse d'une reprise des réglementations de l'UE en matière d'aides d'État, les cantons ont apporté une importante contribution au débat sur la politique européenne.

Je vous remercie de l'intérêt que vous portez au travail de la CdC et je vous souhaite une bonne lecture.

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'B. Würth'.

Benedikt Würth, conseiller d'État
Président

01

1 Organisation

1.1 Assemblée plénière

L'organe suprême de décision de la Conférence des gouvernements cantonaux (CdC) est l'Assemblée plénière, qui se réunit quatre fois par an. Il appartient au gouvernement de chaque canton d'y déléguer l'un de ses membres et de régler les modalités de sa représentation au sein de la CdC.

Ont participé aux assemblées plénières en 2018 :

Canton	Représentation
ZH	Ernst Stocker, conseiller d'État
BE	Christoph Ammann, conseiller d'État Hans-Jürg Käser, conseiller d'État Beatrice Simon, conseillère d'État Evi Allemann, conseiller d'État
LU	Paul Winiker, conseiller d'État
UR	Urs Janett, conseiller d'État Heidi Z'graggen, conseillère d'État
SZ	Kaspar Michel, conseiller d'État André Rüegsegger, conseiller d'État
OW	Niklaus Bleiker, conseiller d'État Daniel Wyler, conseiller d'État
NW	Othmar Filliger, conseiller d'État
GL	Benjamin Mühlemann, conseiller d'État
ZG	Matthias Michel, conseiller d'État
FR	Olivier Curty, conseiller d'État
SO	Brigit Wyss, conseillère d'État
BS	Elisabeth Ackermann, présidente de gouvernement
BL	Sabine Pegoraro, conseillère d'État
SH	Christian Amsler, président de gouvernement

AR	Köbi Frei, conseiller d'État
AI	Daniel Fässler, landammann
SG	Fredy Fässler, conseiller d'État Benedikt Würth, conseiller d'État
GR	Barbara Janom Steiner, conseillère d'État Martin Jäger, conseiller d'État
AG	Markus Dieth, conseiller d'État
TG	Cornelia Komposch, présidente de gouvernement
TI	Norman Gobbi, conseiller d'État
VD	Pascal Broulis, conseiller d'État
VS	Roberto Schmid, conseiller d'État
NE	Alain Ribaux, conseiller d'État
GE	Antonio Hodgers, président de gouvernement François Longchamp, conseiller d'État Pierre Maudet, conseiller d'État
JU	Charles Juillard, ministre

1.2 Bureau

Le Bureau est l'organe exécutif de la CdC. Composé de dix conseillers d'État issus de toutes les régions, il prépare les dossiers de l'Assemblée plénière. Peuvent y siéger selon le règlement de la CdC du 20 mars 2009 la Suisse romande (deux sièges), la Suisse italienne et rhéto-romanche, la Suisse orientale, du Nord-Ouest et centrale ainsi que les cantons de Berne et de Zurich.

Ont participé aux séances du Bureau en 2018 :

Canton	Représentation
SG / ORK	Benedikt Würth, conseiller d'État, président
ZH	Ernst Stocker, conseiller d'État, vice-président
BE	Christoph Ammann, conseiller d'État,
UR / CgSC	Heidi Z'graggen, conseillère d'État
GL / ORK	Andrea Bettiga, landammann (jusqu'au 30.9.2018)
BS / CGNO	Elisabeth Ackermann, présidente de gouvernement
GR	Barbara Janom Steiner, conseillère d'État
TI	Norman Gobbi, conseiller d'État
NE / CGSO	Alain Ribaux, conseiller d'État
GE / CGSO	Pascal Broulis, conseiller d'État

1.3 Autres commissions politiques et groupes de travail techniques

Outre ces deux organes, la CdC compte un grand nombre de commissions et de groupes de travail chargés de dossiers ou de mandats spécifiques. Leur composition est détaillée à l'annexe 2. La liste des délégations de la CdC au sein d'organes ou de groupes de travail nationaux ou internationaux se trouve à l'annexe 3.

1.4 Secrétariat

En vertu de la convention sur la Conférence des gouvernements cantonaux, la CdC compte un secrétariat permanent dont la gestion a été confiée, lors de l'assemblée constituante, à la Fondation ch pour la collaboration confédérale, qui avait joué un rôle prépondérant dans sa création. C'est donc la Fondation ch qui gère le secrétariat et son directeur, Roland Mayer, est aussi secrétaire général de la CdC.

Fin 2018, le Secrétariat CdC affiche un effectif de 25 collaborateurs (18,3 équivalents plein temps), dont 22 travaillent à la Maison des cantons à Berne et trois représentent la CdC au sein de l'administration fédérale (Direction des affaires européennes (DAE), Département fédéral de justice et police (DFJP)) et à la Mission de la Suisse auprès de l'UE à Bruxelles. Les collaborateurs des Services généraux travaillent pour certains aussi bien pour le Secrétariat CdC que pour l'exploitation de la Maison des cantons et pour la Fondation ch.

L'organigramme de la CdC figure à l'annexe 1.

Effectif au 31 décembre 2018

Direction/Secrétariat

- Roland Mayer, secrétaire général
- Thomas Minger, secrétaire général suppléant
- Pia Baumgartner, collaboratrice Secrétariat
- Manuela Furrer, responsable Secrétariat
- Leonida Gjioda, collaboratrice Secrétariat
- Stagiaire Accueil MdC

État-major Communication

- Nicole Gysin, cheffe de la communication
- Alexander Jungo, collaborateur scientifique

Services centraux

- Monika Zanon, cheffe de service
- Rosmarie Bäumlér, spécialiste Finances
- Christine Bonvin, traductrice
- Daniel Bühler, informaticien
- Léa Coudry, traductrice
- Helene Leuenberger, spécialiste RH
- Pascale Prisset, responsable Service linguistique

Politique extérieure

- Roland Mayer, chef de service, secrétaire général
- Dea Rolih, suppléante du chef de service, collaboratrice scientifique
- Luca Gobbo, chargé d'information des cantons à la Direction des affaires européennes DAE/DFAE
- Coralie Menétrey, suppléante du chargé d'information des cantons à la Direction des affaires européennes DAE/DFAE, collaboratrice scientifique

- Roland Krimm, chargé d'information des cantons à la Mission de la Suisse auprès de l'UE à Bruxelles
- Hanspeter Pfenninger, coordinateur Schengen/Dublin, conseiller juridique principal

Politique intérieure

- Thomas Minger, chef de service, secrétaire général suppléant
- Nicole Gysin, cheffe de la communication, suppléante du chef de service
- Mariel Baumann, collaboratrice scientifique
- Regina Bühlmann, secrétaire Conférence des délégués à l'intégration, collaboratrice scientifique
- Nadine Eckert, secrétaire Conférence tripartite, collaboratrice scientifique
- Christian Gobat, responsable RPT
- Bastien Nançoz, stagiaire scientifique
- Christine Winkelmann, collaboratrice scientifique

Années de service

Thomas Minger, 20 ans

Christine Bonvin, 10 ans

02

2 Activités

2.1 Axes prioritaires

2.1.1 Généralités

Monitoring du fédéralisme 2.0

Développer et moderniser le fédéralisme constitue l'un des objectifs prioritaires de la Fondation ch pour la collaboration confédérale. Depuis 2005, le Secrétariat CdC procède à un monitoring du fédéralisme sur mandat de la Fondation ch. En 2017, il a été décidé de procéder à une refonte de ce monitoring, afin de le rapprocher du travail politique quotidien. Aussi l'accent a-t-il été mis, en 2018, sur la concrétisation du « tableau de bord du fédéralisme ». Les conférences des directeurs ont travaillé main dans la main pour définir les critères et arrêter le catalogue d'exigences de ce système d'alerte. À l'avenir, une base de données sera nécessaire à l'élaboration et la mise à jour régulières des dossiers. Le système actuel (Mocca) ne pouvant être adapté, il a fallu trouver une nouvelle solution informatique.

Un « tableau de bord du fédéralisme » sera dorénavant établi chaque trimestre en collaboration avec les conférences des directeurs, lequel servira de base de discussions aux séances CoseCo, au Colloque présidentiel et aux gouvernements cantonaux. Certains dossiers seront également assortis d'une appréciation juridique par l'IFF. Une version test du tableau de bord a été lancée en 2018.

Le rapport pluriannuel, publié tous les quatre ans, a lui aussi été revu, afin de lui conférer une orientation plus politique. Un document de synthèse résumera sur quelques pages les principales informations et les mesures à envisager. Les questions pour les conférences et les cantons ont par ailleurs été remaniées. Désormais, des entretiens seront menés avec les conférences des directeurs en vue de la rédaction du rapport pluriannuel. Le Comité directeur de la Fondation ch a adopté le concept le 29 novembre 2018.

Communication CdC : activités

Le monitoring du fédéralisme de la Fondation ch recense des tendances persistantes à la centralisation venant de la Confédération, de même que les transferts de charges vers les cantons. Pour enrayer cette évolution, les gouvernements cantonaux veulent renforcer la présence des cantons auprès des milieux politiques et dans les médias. L'Assemblée plénière du 27 septembre a donc adopté des principes stratégiques de communication, l'objectif étant que les

cantons se positionnent comme des acteurs et des partenaires politiques proactifs, compétents, novateurs et indispensables au développement de la Suisse.

Au total, quatre newsletters sont parues cette année – soit une à l'issue de chaque Assemblée plénière –, consacrées entre autres aux potentielles conséquences d'une reprise des réglementations européennes en matière d'aide d'État, au rapport sur l'évaluation de l'efficacité de la péréquation financière entre la Confédération et les cantons, aux lignes directrices des cantons relatives à l'administration numérique et à l'initiative contre le mitage. En outre, l'état-major Communication a organisé des conférences de presse sur l'Agenda Intégration (avec le DFJP), sur l'optimisation de la péréquation financière (avec le DFF) et sur divers dossiers de politique européenne (récapitulatif à l'annexe 4). Enfin, les dix ans de la Maison de cantons ont été fêtés comme il se doit, avec un brunch du fédéralisme auquel les médias ont été conviés.

Afin de mieux faire connaître les activités et le mode de fonctionnement de la coopération intercantonale, et en particulier de la CdC, le Secrétariat CdC a organisé le 31 août une rencontre d'une demi-journée avec les nouveaux élus des gouvernements cantonaux. Le 2 novembre, les responsables cantonaux des affaires extérieures ont été une nouvelle fois reçus pour un échange à la Maison des cantons.

2.1.2 Politique extérieure

Politique européenne : coordination et questions institutionnelles

Pendant l'année, les organes CdC ont été régulièrement informés de l'avancement des négociations d'un accord institutionnel (Alnst), du Dialogue Europe et d'autres développements importants.

Lors de l'Assemblée plénière du 23 mars, les gouvernements cantonaux ont repris les discussions entamées en fin d'année 2017 sur la question des aides d'État et ont adopté une prise de position. Au printemps, de nombreux tours de négociation ont eu lieu entre la Suisse et l'UE, auxquels le Secrétariat CdC a pris part. Ces rencontres ont permis de clarifier les exigences de l'UE et de réaffirmer les lignes rouges du côté suisse. La période estivale a été l'occasion de consultations politiques, lancées par le Conseil fédéral auprès des partenaires sociaux et des cantons, sur les mesures d'accompagnement, pour lesquelles l'UE exige la reprise de la réglementation européenne. Le 28 septembre, le Conseil fédéral a arrêté la suite de la procédure concernant l'accord institutionnel. Il a décidé de poursuivre les négociations sur l'accord dans le cadre du mandat actuel. Plusieurs tours de négociation ont alors eu lieu durant l'automne. La dernière rencontre à l'échelon technique s'est tenue le 19 novembre, l'UE considérant les négociations closes. Le 7 décembre, le Conseil fédéral a renoncé à parapher le texte en l'état, en raison de problèmes encore non résolus et a décidé de lancer une consultation des milieux intéressés en début d'année 2019, afin de définir une position consolidée. Les gouvernements cantonaux prendront position sur le projet d'accord institutionnel lors de l'Assemblée plénière du 29 mars 2019.

2.1.3 Politique intérieure

Optimisation de la péréquation financière Confédération-cantons

Le 9 mars, le Conseil fédéral a mis en consultation le rapport sur l'évaluation de l'efficacité de la péréquation financière pour la période 2016-2019. Il soutient les recommandations de la CdC visant à optimiser la péréquation financière et la compensation des charges et notamment le nouveau modèle de la péréquation des ressources. Le rapport ne traitant pas des fonds fédéraux libérés, le Conseil fédéral a chargé le groupe de travail « Tâches et finances Confédération-cantons » de lui présenter des propositions d'affectation, ce qu'il a fait après s'être réuni plusieurs fois. Les représentants du Département fédéral des finances (DFF) et des cantons se sont mis d'accord sur une solution, qui a été adoptée par le Bureau et la CDF. Le 28 juin, l'Assemblée plénière a adopté la prise de position des gouvernements cantonaux concernant le rapport sur l'efficacité 2016-2019 et l'affectation des fonds fédéraux libérés par 22 oui, 3 non et 1 abstention (ch. 2.1.4).

Le 28 septembre, le Conseil fédéral a adopté le message concernant la modification de la loi fédérale sur la péréquation financière et la compensation des charges. Il propose une réforme de la péréquation financière, sur la base du rapport sur l'efficacité 2016-2019 et des résultats de la procédure de consultation. Le projet du Conseil fédéral reprend toutes les propositions des cantons concernant le projet d'optimisation de la péréquation financière.

Le 18 octobre, une délégation de la CdC a présenté à la Commission des finances du Conseil des États (CdF-E) la position des cantons sur la réforme de la péréquation financière et le processus d'élaboration du compromis. Le 4 décembre, le Conseil des États a adopté le projet du Conseil fédéral sans modification. Compte tenu des enjeux du projet, la CdC a déployé d'importants efforts de communication. Ainsi, une séance d'information a été organisée le 4 juin pour les membres du Conseil des États et de la Commission des finances du Conseil national (CdF-N), les présidentes et présidents des partis politiques et des groupes parlementaires, et les secrétaires généraux des partis politiques. Cette rencontre a permis d'expliquer le projet et d'approfondir les thématiques qui avaient soulevé des questions. Parallèlement à la parution du message du Conseil fédéral, la CdC a publié un communiqué de presse et participé à une conférence de presse avec le chef du DFF. Par ailleurs, des fiches d'information et un argumentaire ont été élaborés pour les gouvernements cantonaux en vue des débats parlementaires.

Agenda Intégration Suisse

La Confédération et les cantons entendent intégrer plus rapidement et plus efficacement les personnes admises à titre provisoire (AP) et les réfugiés (R), et réduire ainsi leur dépendance de l'aide sociale. À cette fin, ils sont convenu d'un agenda d'intégration commun qui prévoit des investissements plus importants, énonce des objectifs concrets d'efficacité et définit un processus qui engage toutes les parties. L'agenda a été approuvé le 23 mars par l'Assemblée plénière et le 25 avril par le Conseil fédéral. Les cantons se sont félicités de la décision du Conseil fédéral d'augmenter le forfait d'intégration de 6 000 à 18 000 francs par personne. En effet, les coûts de l'intégration des personnes relevant du domaine de l'asile et ceux induits en cas d'échec pèsent considérablement sur leurs finances. Raison pour laquelle ils avaient exhorté le Conseil fédéral, au printemps 2017, de prendre à sa charge une part nettement plus élevée des coûts de l'encouragement de l'intégration des AP/R. Les travaux du mandat de suivi « Agenda Intégration – phase 2 » ont débuté en fin d'année. Ils visent à harmoniser tout le système de financement du domaine de l'asile qui englobe l'hébergement, l'encadrement et l'intégration des réfugiés et des personnes relevant du domaine de l'asile. Un rapport technique est attendu début 2020.

Cyberadministration/numérisation : lignes directrices des cantons

Conscient des enjeux de la cyberadministration et de la numérisation qui s'opère dans tous les secteurs, le Bureau a donné, le 9 février, le coup d'envoi du projet « Lignes directrices des cantons relatives à l'administration numérique » et mis sur pied une organisation ad hoc composée d'un groupe de suivi politique et d'un groupe de travail technique. Après d'importants travaux d'élaboration, un premier projet a été mis en consultation, à l'été, auprès des gouvernements cantonaux et des conférences des directeurs. Remaniées, les lignes directrices ont été adoptées par l'Assemblée plénière le 27 septembre.

Les cantons proposent ainsi une première approche commune du processus de numérisation de l'administration. Ils se sont mis d'accord sur les deux objectifs supérieurs que sont la priorité au numérique pour la population et l'économie

(digital first) et la numérisation intégrale de l'administration. Pour réaliser ces objectifs, ils ont défini six champs d'action, assortis de propositions de solutions concrètes, constatant que la cyberadministration n'est qu'un volet de l'e-administration. En effet, elle a aussi un impact sur les structures d'organisation, la culture d'entreprise, les modes de travail, les modèles d'affaires et la gestion des données. Les lignes directrices aideront les cantons dans la transition numérique et serviront au renouvellement, fin 2019, de la Stratégie suisse de cyberadministration 2020-2023.

Réexamen de la répartition des tâches Confédération-cantons

Face à une centralisation toujours plus poussée, les cantons plaident depuis plusieurs années pour la poursuite du désenchevêtrement des tâches. La CdC a donc décidé en 2015 de lancer le projet « Réexamen de la répartition des tâches Confédération-cantons » et a entamé d'importants travaux de fond. À l'été 2016, les gouvernements cantonaux ont adopté une prise de position commune dans laquelle ils rappellent qu'il faut mettre un frein aux nouveaux enchevêtrements.

Sur la base des travaux des cantons, le Département fédéral des finances (DFF) a établi un projet de rapport en réponse à la motion « Séparation des tâches entre la Confédération et les cantons » (13.3363) par laquelle le Parlement demandait que soient analysés tous les domaines de tâches dont le financement est assuré conjointement par la Confédération et les cantons. Sur invitation de l'Administration fédérale des finances et au terme d'une consultation organisée auprès des gouvernements cantonaux et des conférences des directeurs, l'Assemblée plénière du 23 mars 2018 a adopté à l'unanimité une prise de position commune sur le projet de rapport (ch. 2.1.4.).

Le Conseil fédéral a approuvé le 28 septembre son rapport « Répartition des tâches entre la Confédération et les cantons » qui dresse la liste des mesures devant être prises dans 33 domaines de tâches. L'analyse du Conseil fédéral, qui tient compte de l'évaluation des cantons et la rejoint sur bien des points, a permis de repérer un potentiel de désenchevêtrement dans différents domaines. Le DFF a été chargé de mener des discussions avec les cantons, afin de déterminer s'il y avait lieu de lancer un projet dans ce sens.



Urs Hofmann, conseiller d'État, Martin Kloeti, conseiller d'État, Simonetta Sommaruga, conseillère fédérale et Benedikt Würth, conseiller d'État et président de la CdC, lors de la conférence de presse sur l'Agenda Intégration Suisse du 30 avril 2018 à Berne (de gauche à droite) (KEYSTONE-SDA/Anthony Anex)



Ernst Stocker, conseiller d'État et vice-président de la CdC, Barbara Janom Steiner, conseillère d'État, Benedikt Würth, conseiller d'État et président de la CdC, et Ueli Maurer, conseiller fédéral, lors de la conférence de presse sur la péréquation financière nationale du 28 septembre 2018 à Berne (de gauche à droite) (KEYSTONE-SDA/Peter Schneider)

2.1.4 Prises de position

Pour être adoptées, les prises de position de la CdC requièrent une majorité qualifiée de voix de 18 gouvernements cantonaux au moins. Le droit des cantons à prendre position individuellement est garanti.

Prises de position dans le cadre de la participation au processus de décision sur le plan fédéral (art. 45 Cst.)

Répartition des tâches entre la Confédération et les cantons (projet de rapport du 13 juillet 2017 en réponse à la motion 13.3363)

L'Assemblée plénière du 23 mars 2018 a adopté à l'unanimité une prise de position commune sur le projet de rapport de l'Administration fédérale des finances en réponse à la motion « Séparation des tâches entre la Confédération et les cantons » (13.3363), dans laquelle les gouvernements cantonaux réaffirment leur souhait de voir se poursuivre le désenchevêtrement des tâches et des financements lancé dans le cadre de la RPT. Séparer strictement les tâches améliore la marge de manœuvre de la Confédération et des cantons, et renforce le fédéralisme. Les cantons voient un potentiel de désenchevêtrement dans les domaines des affaires sociales et des transports en priorité. La question de la répartition des tâches est étroitement liée à celle de la répartition des charges entre les différents échelons institutionnels, devenue inéquitable dans le secteur de la santé notamment. Les cantons proposent de planifier un projet « Répartition des tâches II » une fois la réforme de l'imposition des entreprises et l'optimisation de la péréquation financière terminées.

Projet de territoire Suisse : rapport quinquennal

En 2012, la Confédération, les cantons, les villes et les communes ont approuvé le Projet de territoire Suisse, considéré comme le cadre d'orientation des activités d'aménagement du territoire à tous les échelons institutionnels. Les organisations partenaires (DETEC, CdC, DTAP, UVS et ACS) ont décidé dans le même temps de poursuivre le dialogue tripartite sur le plan technique, et d'analyser tous les cinq ans l'avancement du projet et la nécessité de le modifier. Elles ont institué pour cela un groupe de travail tripartite, dont la conduite a été confiée à l'ARE. Durant l'année sous revue, le groupe de projet tripartite a présenté le premier rapport quinquennal, qui dresse un état des lieux critique de la mise en œuvre du Projet de territoire Suisse et de son impact.

Le 23 mars, l'Assemblée plénière a adopté une prise de position ad hoc. Les gouvernements cantonaux se félicitent du rapport et approuvent, dans l'ensemble, ses conclusions. Ils partagent en particulier l'avis du groupe de projet tripartite, selon lequel le Projet de territoire Suisse constitue un document stratégique axé sur le long-terme qu'il n'est à ce jour ni nécessaire ni souhaitable d'adapter. Ils constatent cependant que l'acceptation du projet pâtit du fait que ce dernier serve de base pour préparer des décisions d'ordre financier.

Prises de position dans le cadre de la participation des cantons aux décisions de politique extérieure (art. 55 Cst.)

Les aides d'État dans les relations Suisse-UE

En vue des négociations avec l'UE, les gouvernements cantonaux ont adopté une prise de position commune sur les aides d'État lors de l'Assemblée plénière du 23 mars. Ils ont rappelé que les règles matérielles, surveillance comprise, ne sauraient être définies dans l'accord-cadre institutionnel mais uniquement dans des accords sectoriels. Seuls sont envisageables des dispositifs autonomes à même de garantir le respect des structures fédérales et la prise en compte des spécificités propres aux différents secteurs économiques. Leurs champs d'application devront être définis de sorte à exclure toutes répercussions sur d'autres secteurs ; ils porteront uniquement sur les aides d'État pouvant affecter notoirement les échanges entre la Suisse et l'UE dans le secteur concerné. Les cantons rejettent catégoriquement toute reprise et tout développement dynamique des règles européennes. La surveillance sera confiée à une autorité

suisse dont les prérogatives devront être réglées de manière autonome dans le cadre de la Constitution fédérale. Il conviendra d'accorder un droit de proposition aux cantons pour la nomination de la moitié au moins des membres de cette autorité. L'annonce préalable des aides d'État à des fins de surveillance sera facultative ; on pourrait envisager un pouvoir de dénoncer. Les notifications de l'autorité de surveillance à l'endroit des autorités fédérales, cantonales ou communales auront valeur de recommandation uniquement. Des obligations de restitution susceptibles de mettre en danger la sécurité juridique et de planification sont par conséquent exclues.

Prises de position dans le cadre de consultations concernant des actes législatifs importants (art. 147 Cst.)

Consultation sur les contributions de la Confédération aux Jeux Olympiques « Sion 2026 »

Réunis en Assemblée plénière le 23 mars, les gouvernements cantonaux ont adopté une prise de position commune sur les contributions de la Confédération aux Jeux Olympiques « Sion 2026 », dans laquelle ils soutiennent la candidature de Sion, sous réserve de l'approbation des cantons hôtes. Ils ont pris acte de l'intention du Conseil fédéral de participer au financement et demandé aux cantons hôtes de quantifier leurs besoins en forces de police avec les organisateurs et la Confédération.

Après le non de la population valaisanne au crédit de financement, Swiss Olympic a décidé, le 10 juin, de retirer la candidature.

Consultation sur la modification de l'Ordonnance relative à l'admission, au séjour et à l'exercice d'une activité lucrative (OASA) et sur la révision totale de l'Ordonnance sur l'intégration des étrangers (OIE)

Réunis en Assemblée plénière le 23 mars, les gouvernements cantonaux se sont déclarés favorables aux modifications d'ordonnances proposées par le Conseil fédéral. Ils se sont félicités de la suppression des obstacles à l'intégration des réfugiés et des personnes relevant du domaine de l'asile, mais ont critiqué les dispositions relatives à l'annonce d'une activité lucrative. En effet, s'il est vrai que l'employeur verra sa charge de travail diminuer, les autorités en charge de l'exécution seront confrontées à des procédures plus complexes et plus coûteuses, qu'il conviendra d'indemniser de manière adéquate.

Consultation sur le rapport sur l'efficacité 2016-2019 entre la Confédération et les cantons

Le 28 juin, les gouvernements cantonaux ont adopté leur prise de position concernant le rapport sur l'efficacité 2016-2019 et l'affectation des fonds fédéraux libérés. Les cantons tirent un bilan positif de la péréquation financière nationale durant la période 2016-2019. L'analyse de son efficacité indique que les objectifs ont été atteints. Il existe cependant un potentiel d'optimisation ; aussi les gouvernements cantonaux se félicitent-ils que le Conseil fédéral se rallie à l'ensemble des propositions des cantons concernant les ajustements à apporter au système de péréquation. Dorénavant, les cantons à faible potentiel de ressources doivent pouvoir compter sur une dotation minimale de 86,5 %, fixée par la loi. Le Conseil fédéral ne s'est pas encore prononcé sur l'affectation des fonds fédéraux libérés, qui doivent impérativement rester au sein du système péréquatif : une moitié doit être allouée de manière durable à la compensation des charges sociodémographiques et l'autre moitié aux cantons à faible potentiel de ressources.

Consultation sur l'avant-projet relatif à l'initiative parlementaire 14.422 : « Droit de veto du Parlement sur les ordonnances du Conseil fédéral »

Réunis en Assemblée plénière le 27 septembre, les gouvernements cantonaux ont adopté une prise de position commune contre l'introduction d'un droit de veto, estimant que les instruments politiques et juridiques dont dispose actuellement le Parlement suffisent pour faire valoir la volonté du législateur. Ils sont par ailleurs d'avis que le droit de veto servirait avant tout à préserver des intérêts particuliers. Or, toute restriction par le pouvoir législatif de la liberté d'appréciation légitime de l'exécutif remet en question le principe de la séparation des pouvoirs. Enfin, en plus d'entraîner des ralentissements indéniables et une charge de travail supplémentaire, le droit de veto créerait une insécurité juridique. Autant d'éléments qui compliqueraient la mise en œuvre et l'exécution du droit fédéral dans les cantons.

Consultation sur la révision partielle de l'Ordonnance sur l'intégration des étrangers (OIE) - Mise en œuvre de l'Agenda Intégration Suisse

Le 14 décembre, les gouvernements cantonaux ont rendu leur avis sur les modalités de mise en œuvre de l'Agenda Intégration Suisse présentées par le Conseil fédéral. Ils souscrivent au projet qui repose pour l'essentiel sur les décisions prises conjointement par la Confédération et les cantons. L'Agenda Intégration est une solution globale qui convainc puisqu'elle apporte une réelle plus-value sur le terrain.

Prises de position en vue de scrutins populaires (art. 140 et 141 Cst.)

Les cantons soutiennent résolument la loi sur les jeux d'argent

Lors de l'Assemblée plénière du 23 mars, les gouvernements cantonaux ont adopté une prise de position relative à la loi sur les jeux d'argent. Ils y sont favorables car elle protège les consommateurs contre les jeux illégaux et non contrôlés, et oblige les fournisseurs à reverser une partie de leurs recettes au profit de l'AVS/AI, du sport, de la culture et du secteur social, dans l'intérêt de la population. Le 10 juin, les Suisses ont plébiscité la nouvelle loi.

Les cantons rejettent l'initiative pour l'autodétermination

Réunis en Assemblée plénière, les gouvernements cantonaux ont adopté le 27 septembre une prise de position contre l'initiative pour l'autodétermination (ch. 2.2.2).

Les cantons rejettent l'initiative contre le mitage

Le 14 décembre, l'Assemblée plénière a adopté une prise de position sur l'initiative populaire « Stopper le mitage – pour un développement durable du milieu bâti (initiative contre le mitage) ». Les gouvernements cantonaux rejettent l'initiative car le gel des zones à bâtir qu'elle prévoit empiète considérablement sur les compétences des cantons en matière d'aménagement du territoire et va à l'encontre du fédéralisme. Le texte dégage une approche centralisatrice et ignore les particularités régionales, cantonales et communales, tout en faisant l'impasse sur les atouts du fédéralisme. À noter aussi que la LAT1, acceptée par le peuple en 2013, combat efficacement l'étalement urbain par le redimensionnement des zones à bâtir. L'initiative a essuyé un refus net du peuple et des cantons le 10 février 2019.

2.1.5 Collaboration Confédération-cantons

Dialogue confédéral Confédération-cantons

Deux fois par an, des délégations du Conseil fédéral et de la CdC se rencontrent dans le cadre d'un Dialogue confédéral. Les rencontres sont l'occasion d'échanges d'informations et de vues sur des thèmes importants touchant aux questions de coopération et au fédéralisme. En 2018, le Dialogue confédéral a eu lieu les 23 mars et 9 novembre, et a porté notamment sur les sujets suivants : politique européenne, optimisation de la péréquation financière, réexamen de la répartition des tâches entre la Confédération et les cantons, Agenda Intégration, Conférence nationale sur le fédéralisme, numérisation (lignes directrices des cantons et enjeux institutionnels), décision du Tribunal fédéral concernant les recours déposés pour violation du droit de vote lors de la votation populaire sur la loi sur les jeux d'argent.

Dialogue Europe

Les délégations de la Confédération et des cantons se sont réunies les 15 février, 11 juin, 30 août, 16 octobre et 17 décembre. Parmi les thèmes abordés figurent les négociations autour d'un accord institutionnel Suisse-UE ainsi que le Brexit et ses conséquences pour la Suisse.

Stammtisch des cantons

La CdC organise un « Stammtisch des cantons » le lundi soir de la deuxième semaine de la session des Chambres, ceci afin d'entretenir les relations avec les parlementaires fédéraux et d'intensifier les échanges de vues. Des représentants du Bureau et des membres des gouvernements cantonaux y rencontrent des membres du Conseil des États et d'anciens membres de gouvernement siégeant au Conseil national. Chacun de ces rendez-vous est consacré à un sujet d'actualité. En 2018, trois Stammtisch ont été organisés, qui ont porté sur les thèmes suivants : Projet fiscal 17/RFFA, révision totale de la loi fédérale sur les marchés publics, accord cadre institutionnel avec l'UE (mesures d'accompagnement et aides d'État), réexamen de la répartition des tâches entre la Confédération et les cantons, optimisation de la péréquation financière.

Rencontre avec le Bureau du Conseil des États

Ce forum qui réunit deux fois par an le Bureau du Conseil des États et le Bureau de la CdC aborde des sujets politiques d'actualité ou des questions de collaboration entre les deux organes. Outre les questions générales ayant trait à leur collaboration, les Bureaux CdE et CdC ont débattu le 4 mai et le 31 août des sujets suivants : politique européenne, Projet fiscal 17/RFFA, Agenda Intégration, optimisation de la péréquation financière, réexamen de la répartition des tâches entre la Confédération et les cantons, initiative sur l'autodétermination, Conférence nationale sur le fédéralisme et association précoce des cantons aux projets législatifs du Parlement.

Auditions parlementaires

En principe, il est laissé à l'appréciation de chaque présidence de commission de convier ou non les cantons ou une délégation cantonale aux auditions, notamment lorsque les dossiers touchent aux intérêts vitaux des cantons.

C'est afin d'assurer une meilleure prise en compte de ces intérêts par le Conseil des États que des délégations de la Chambre haute et de la CdC sont convenus le 7 octobre 1998 de mieux associer les représentants des cantons au travail des commissions du Conseil des États.

En application de cette décision, le Secrétariat du Conseil des États communique à la CdC, en marge de la session, une liste des objets prévus pour examen par les commissions. En 2018, les délégations de la CdC ont pris part à l'audition suivante :

Date	Commission	Objet parlementaire
18.10.18	CdF-E	Optimisation de la péréquation financière nationale

2.1.6 Coordination avec les conférences des directeurs et les conférences gouvernementales régionales

Colloque présidentiel CdC-Conférences des directeurs

Institués par la CdC, les colloques politiques réunissent deux fois par an les présidences des conférences des directeurs et de la CdC. Le colloque des 25 et 26 janvier a été l'occasion de débattre des priorités de travail actuelles dans des domaines politiques d'intérêt général et des thématiques communes que sont la révision totale du droit des marchés publics, la politique européenne et les aides d'État, l'Agenda Intégration, la cyberadministration/numérisation et le réexamen de la répartition des tâches entre la Confédération et les cantons. D'autres sujets transversaux nécessitant une coordination inter-conférences ont été discutés, par exemple la communication et les 10 ans de la Maison des cantons. La séance des présidents du 10 septembre a quant à elle permis de se pencher sur la politique européenne et les aides d'État, les lignes directrices des cantons relatives à l'administration numérique, l'optimisation de la péréquation financière, le principe de la transparence et l'orientation future des rencontres.

Conférence des secrétaires des conférences intercantionales : coordination, divers

La Conférence des secrétaires des conférences intercantionales (CoseCo), dont le secrétariat est assumé par la CdC, a pour vocation d'assurer la coordination des tâches de suivi des affaires fédérales, et de favoriser la collaboration et l'échange d'informations entre les conférences intercantionales.

Lors des quatre séances qui ont eu lieu en 2018, la CoseCo a désigné les conférences responsables et intéressées pour les nouveaux projets de la Confédération lancés en 2018, et échangé des informations concernant les objets mis en votation populaire. De plus, la CoseCo a eu la possibilité de faire part de ses commentaires à propos des projets d'élaboration d'un nouveau concept de monitoring du fédéralisme, de mise en œuvre du principe de transparence, d'association précoce des cantons aux projets législatifs du Parlement fédéral, de création d'un agenda des principales mesures de communication prévues par les conférences des directeurs. Elle a également discuté des orientations stratégiques des colloques des présidents, du rapport national de la Suisse sur la mise en œuvre de l'agenda 2030 pour le développement durable, du programme de législature de la Confédération 2019-2023 et des possibilités de mieux utiliser le potentiel de communication de la Maison des cantons.

En automne, la formation continue de la CoseCo a été consacrée aux réseaux sociaux. Elle a été l'occasion de discuter de leur utilisation en tant que support de communication pour les entités publiques. Il en est ressorti la nécessité de définir un concept d'utilisation des réseaux sociaux à l'attention des conférences intercantionales.

Conférences gouvernementales régionales

Les représentants des secrétariats des conférences gouvernementales régionales et du secrétariat de la Conférence des gouvernements de l'espace métropolitain zurichois se sont retrouvés le 27 avril, en présence de la secrétaire générale de la CdC, et le 15 novembre 2018, en présence du secrétaire général suppléant de la CdC. Ces séances ont été l'occasion d'avoir un échange d'informations sur les principales activités et les projets les plus importants des conférences gouvernementales régionales. La CdC a communiqué des informations concernant l'avancement et les prochaines étapes de ses projets prioritaires.

2.2 Autres activités

2.2.1 Généralités

Principe de la transparence : code de conduite de la CdC

Réunis en Assemblée plénière le 28 juin, les gouvernements cantonaux ont adopté un code de conduite sur la transparence. Il consigne la pratique établie par la CdC en matière d'information du public, notamment l'accès à ses documents, et régit la transparence de l'organisation, de l'exercice du mandat et des activités de la CdC. Le code de conduite est téléchargeable à l'adresse : <https://kdk.ch/fr/la-cdc/bases/>.

Loi sur les jeux d'argent : recours pour violation du droit de vote

La prise de position de l'Assemblée plénière du 23 mars relative à la loi sur les jeux d'argent a été l'objet d'un recours pour violation du droit de vote. Le 29 octobre, le Tribunal fédéral a statué et rejeté tous les points incriminés. Il a également précisé sa jurisprudence en estimant qu'un gouvernement cantonal pouvait émettre une consigne de vote dès lors que son canton était substantiellement concerné. Au niveau intercantonal, la CdC, qui est habilitée à s'exprimer au nom de l'ensemble des gouvernements cantonaux, peut délivrer une consigne de vote, à partir du moment où une incidence substantielle est avérée pour une majorité ou la totalité des cantons. Les interventions doivent, tout comme celles du Conseil fédéral, satisfaire aux critères d'objectivité, de proportionnalité et de transparence. Le Tribunal fédéral confirme ainsi les critères de la CdC formulés dans le concept sur l'information officielle.

Solution de monitoring à l'intention des conférences et des cantons (Mocca)

La solution de monitoring à l'intention des conférences et des cantons (Mocca) a été mise en service en avril 2017. Comme prévu, les prestations fournies par Mocca et les améliorations requises ont été évaluées. Il a alors été décidé de remplacer Mocca en même temps que sera opérée la refonte du monitoring du fédéralisme. En effet, cette solution n'a pas permis de remplir les objectifs fixés et elle ne peut être développée pour répondre aux besoins.

Forum des fédérations

La Suisse soutient le Forum des fédérations (FoF) depuis sa création en 1999 en déléguant des spécialistes et en participant aux rencontres. En 2005, elle est devenue formellement un État partenaire du FoF et est actuellement représentée au sein du Comité par l'ancien conseiller d'État et ancien président du Conseil des États Hans Altherr. Un accord régit actuellement les relations entre CdC et le FoF pour les années 2017 à 2020. Il prévoit une contribution financière annuelle de 50 000 francs, sous réserve de l'acceptation du budget CdC par les gouvernements cantonaux.

Délégations en visite

La CdC reçoit chaque année des délégations suisses et étrangères intéressées par le fédéralisme, le système politique helvétique ou la péréquation financière. Voici les délégations accueillies en 2018 à la Maison des cantons :

Date	Délégation/pays
19.2.18	Délégation de parlementaires russes
10.4.18	Ukraine
29.8.18	Myanmar
10.9.18	Australie
17.9.18	Commission des affaires constitutionnelles du Parlement européen (AFCO)
14.11.18	Délégation de journalistes russes
16.11.18	Corée du Sud
19.11.18	<i>Korea Institute of Public Administration</i>

Rapport financier sur les conférences intercantionales gouvernementales et sectorielles

La Fondation ch pour la collaboration confédérale établit chaque année un rapport contenant des informations sur les aspects financiers (charges et recettes) et structurels (effectifs) de la CdC et des conférences des directeurs. Le rapport financier 2017 a été présenté à l'Assemblée plénière de la CdC du 14 décembre, qui en a pris connaissance. Ensuite, ce rapport a été transmis à toutes les conférences des directeurs. Le rapport 2017 fait ressortir une diminution des charges et des revenus des conférences des directeurs entre 2016 et 2017. L'exercice 2017 se solde par un bénéfice.

2.2.2 Politique extérieure

Politique européenne

Comme les années précédentes, des représentants des divers groupes de travail de l'organisation d'accompagnement de la CdC ont participé aux séances des comités mixtes dans les domaines Libre circulation des personnes, Marchés publics, ainsi que Transports terrestres et Transport aérien. Par ailleurs, le secteur Politique extérieure a suivi, avec

l'organisation d'accompagnement, le développement des accords sectoriels Suisse-UE et l'évolution générale des relations avec l'Europe. Enfin, des représentants du Secrétariat ont pris part aux négociations avec l'UE sur un accord institutionnel.

Brexit

Dans la perspective du retrait du Royaume-Uni (R.-U.) de l'UE, le Conseil fédéral a poursuivi ses efforts pour garantir et étendre, le cas échéant, les droits et les obligations réciproques qui lieront les deux pays après le Brexit (stratégie « *Mind the gap* »). Lors de l'Assemblée plénière du 28 juin, les gouvernements cantonaux ont assuré le Conseil fédéral de leur soutien. Par ailleurs, le Dialogue Europe a été l'occasion pour les représentants de la CdC d'être informés par le Conseil fédéral des développements dans les relations entre la Suisse et l'UE. Le Secrétariat a aussi pris part aux entretiens entre la Suisse et le R.-U. sur un accord bilatéral concernant les droits des ressortissants suisses et britanniques qui vivent dans l'autre pays.

Initiative pour l'autodétermination

L'initiative populaire « Le droit suisse au lieu de juges étrangers » (initiative pour l'autodétermination) a été déposée le 12 août 2016. Partant de l'idée que le peuple et les cantons doivent décider du droit suisse, elle vise à établir la primauté du droit constitutionnel suisse sur le droit international. Dans son message du 5 juillet 2017, le Conseil fédéral a appelé à rejeter cette initiative. En effet, elle pourrait avoir des conséquences majeures pour la crédibilité de la Suisse dans le monde et compromettre sérieusement la signature de nouveaux accords avec l'UE ou celle d'accords de libre-échange. Réunis en Assemblée plénière le 27 septembre 2018, les cantons ont rédigé une prise de position commune contre l'initiative pour l'autodétermination.

AELE

Pendant l'année sous revue, le Secrétariat CdC a observé les efforts accrus déployés par la Confédération en vue de la conclusion d'accords de libre-échange, et de l'actualisation et du développement d'accords existants avec des États tiers hors UE (de type bilatéral ou intervenant dans le cadre de l'AELE). Des représentants des cantons ont en outre participé aux séances du Forum régional AELE en tant qu'observateurs.

OMC/AGCS

En 2018, le Secrétariat CdC a continué d'observer les avancées dans le cadre des négociations de l'OMC en cours.

Organisation d'accompagnement intercantonale Schengen/Dublin

Décidée en 2016, la réorganisation de l'organisation d'accompagnement intercantonale Schengen/Dublin (OASD) de la CdC a été formellement achevée en fin d'année, avec les nominations d'experts cantonaux au sein des pools d'experts Coopération policière, Migration/asile, Frontières, Coopération judiciaire et Protection des données. Comme les années précédentes, les représentants politiques et les experts de l'OASD ont participé, aux côtés de la Confédération, aux réunions des comités mixtes et des groupes de travail de l'UE dédiés au développement normatif de Schengen/Dublin. Les travaux ont surtout porté sur la mise en œuvre de la législation relative à la protection des données, sur les mesures politiques et les travaux législatifs de l'UE visant à renforcer les frontières extérieures et la sécurité intérieure, ainsi que sur l'asile et les migrations. En 2018, des experts cantonaux ont pu être recrutés dans tous les domaines – *Coopération policière* excepté – pour procéder aux examens périodiques de la mise en œuvre de l'acquis Schengen/Dublin dans les États de l'UE (dites évaluations Schengen/Dublin).

Schengen/Dublin : protection des données

Cette année, le groupe de travail Protection des données de l'Organisation d'accompagnement à Schengen/Dublin (OASD) a suivi les évolutions au sein de l'UE, placées sous le signe de la Réforme européenne de la protection des données entrée en vigueur en 2016. Dans un rapport, le groupe de travail a mis en lumière les domaines relevant de Schengen concernés par la révision européenne de la protection des données qui nécessitaient une adaptation de la

législation cantonale. Les cantons avaient jusqu'à août 2018 pour y procéder. La nouvelle loi sur la protection des données Schengen entrera en vigueur le 1^{er} mars 2019. Elle oblige les autorités de poursuite pénale de la Confédération et des cantons à utiliser de nouveaux instruments de travail – comme l'évaluation de l'impact sur la protection des données –, et à signaler toute violation de la protection des données. De plus, les autorités fédérales et cantonales chargées de la protection des données se voient dotées de compétences de surveillance accrues, par exemple celle de rendre des décisions. Ces instruments seront ensuite repris dans la loi fédérale sur la protection des données, puis étendus aux traitements des données effectués par des particuliers à d'autres fins. L'année sous revue a également été placée sous le signe des travaux faisant suite à l'évaluation Schengen/Dublin de la Suisse, menée par des experts de la Commission européenne et des pays membres de l'UE. Les recommandations définitives de l'UE sont attendues au premier semestre 2019.

Congrès des pouvoirs locaux et régionaux de l'Europe

Deux sessions du Congrès des pouvoirs locaux et régionaux du Conseil de l'Europe (CPLRE) ont eu lieu les 27 et 28 mars ainsi que les 6 et 7 novembre 2018. Le président de la délégation suisse est le ministre jurassien David Eray. À la suite du retrait de la conseillère d'État Marie Garnier du gouvernement fribourgeois le 30 avril, son siège au sein de la délégation suisse auprès du CPLRE est à repourvoir pour la fin de la période 2016-2020. La CdC a pris contact avec la Conférence des Gouvernements de Suisse occidentale (CGSO) l'invitant à nommer une candidate ou un candidat pour compléter la délégation cantonale. En fin d'année, la CGSO a informé la CdC de la nomination du conseiller d'État fribourgeois Didier Castella. Sa candidature doit encore être confirmée par le Bureau et l'Assemblée plénière CdC. Elle sera ensuite transmise au chef du Département fédéral des affaires étrangères, chargé de l'avaliser.

Lutte contre la corruption

Le 25 avril, le Conseil fédéral a décidé de modifier le mandat du groupe de travail interdépartemental pour la lutte contre la corruption (IdAG), avant de le reconduire pour dix ans. Ce faisant, il souhaite renforcer la collaboration avec les cantons ; concrètement, le mandat prévoit que la Confédération et les cantons gèrent un réseau d'information. Le Secrétariat CdC et le Département fédéral des affaires étrangères (DFAE), en charge du dossier, se sont donc rencontrés et ont décidé de créer un réseau dédié à la lutte contre la corruption, auquel seraient associés des interlocuteurs cantonaux. La séance constitutive a eu lieu le 22 novembre à Berne sous la direction conjointe du DFAE et du Secrétariat CdC.

Agenda 2030

Le 25 septembre 2015, les États membres de l'ONU ont adopté à New York l'Agenda 2030 pour le développement durable. En décembre de la même année, le Conseil fédéral a fixé la procédure de l'Agenda 2030 pour la Suisse. Le 20 juin 2018, il a adopté le rapport national de la Suisse sur la mise en œuvre de l'Agenda, lequel a été présenté à l'ONU à New York par la Conseillère fédérale Doris Leuthard, le 18 juillet.

Après analyse du rapport national, la CdC a conclu qu'une action coordonnée de sa part n'apparaît pas nécessaire. Si les cantons envisagent d'intervenir dans certains secteurs, ils sont libres d'en décider eux-mêmes, et il revient aux conférences des directeurs de décider si elles souhaitent s'engager, et de quelle manière. À la suite de discussions à l'Assemblée plénière et au Bureau CdC, ainsi que dans le cadre de la CoseCo, il a finalement été décidé que la CdC serait active dans la mise en œuvre de l'Agenda 2030 seulement dans les cas où une intervention politique est requise.

2.2.3 Politique intérieure

Mise en œuvre du droit fédéral par les cantons

La réalisation des mesures préconisées dans le rapport entériné en 2012 et visant à améliorer la mise en œuvre du droit fédéral par les cantons est pratiquement terminée. Seule reste ouverte la question de l'association précoce des cantons aux projets législatifs du Parlement. La CdC s'est entretenue avec le Bureau du Conseil des États afin de

trouver une solution qui garantisse aux cantons leur association aux projets législatifs du Parlement, dans le cadre des processus et des outils à disposition.

Décidée fin 2017, la réorganisation du groupe de travail CdC « Mise en œuvre du droit fédéral » a pris forme durant l'année sous revue. L'une des tâches du nouveau groupe de travail est le suivi du monitoring des outils de travail introduits ces dernières années, ainsi que le conseil au Secrétariat CdC sur des questions juridiques (consultations, projets législatifs ou autres dossiers/projets juridiques spécifiques qui intéressent la CdC). Les contacts avec les spécialistes des cantons seront maintenus à travers un réseau.

Procédure intercantonale de règlement des différends

Trois procédures intercantionales de règlement des différends se sont terminées en 2018. Elles étaient toutes en lien avec la Convention intercantonale relative aux institutions sociales (CIIS). Ces demandes de médiation ont été traitées conformément aux dispositions de l'Accord-cadre pour la collaboration intercantonale assortie d'une compensation des charges (ACI) du 24 juin 2005.

Toutes ces démarches ont permis de trouver un accord entre les cantons concernés. La procédure impliquant les cantons de Zurich et de Schwyz en lien avec un désaccord portant principalement sur la procédure de demande et d'octroi de la garantie de prise en charge des frais a pu être réglée dans le cadre de la procédure préalable informelle qui est de la compétence du président de la CdC.

Les deux autres demandes de médiation étaient liées à un désaccord concernant le domicile de personnes ayant des besoins spécifiques en matière de soins et d'encadrement qui ont été placées dans des institutions sociales situées dans un autre canton. Elles ont impliqué les cantons de Zurich et du Valais d'une part, et les cantons de St Gall, de Thurgovie, de Schaffhouse et d'Appenzell Rhodes-Extérieures d'autre part. Après la procédure préalable informelle, ces demandes ont été transmises à la Commission intercantonale pour les conventions (CIC). Sous l'égide de la CIC, les cantons ont pu trouver un terrain d'entente.

Initiative visant à combattre la pénurie de personnel qualifié (FKI plus)

Lancée en 2015 par le Conseil fédéral et les gouvernements cantonaux, l'initiative entendait répondre à la demande de main-d'œuvre et mieux faire accepter l'immigration. La convention FKI plus, limitée à une période de trois ans, est arrivée à son terme au second semestre 2018. Dans leur bilan, les gouvernements cantonaux constatent que FKI plus a permis d'arrêter toute une série de mesures visant une plus forte mobilisation de la main-d'œuvre nationale. Néanmoins, face à la pénurie croissante de personnel qualifié, les cantons ont recommandé au Conseil fédéral de poursuivre les objectifs de l'initiative, dans les limites des structures ordinaires du DEFR (SECO).

Centre de compétence pour le fédéralisme (motion 18.3238)

Déposée le 15 mars par le conseiller aux États Beat Vonlanthen, la motion « Centre de compétence pour le fédéralisme » charge le Conseil fédéral de prendre des mesures visant à garantir, sur le long terme, la qualité des prestations relevant du fédéralisme, comme c'est le cas dans d'autres domaines d'intérêts nationaux. Les cantons attendent de la Confédération qu'elle contribue au financement de base, sur le modèle du Forum des fédérations (FoF) qui bénéficie lui aussi d'un soutien financier conjoint de la Confédération (OFJ, DDC) et des cantons (CdC). Lors de sa séance du 26 avril, le Comité directeur de la Fondation ch a chargé les présidents de la Fondation ch et de la CdC de s'entretenir avec la cheffe du DFJP de cette question. Il a aussi été décidé d'élaborer une fiche d'information à l'attention des parlementaires, en vue de l'examen de la motion par le Conseil des États.

Réforme fiscale et financement de l'AVS (RFFA)

Le 28 septembre, le Parlement a adopté le projet de RFFA par 112 voix contre 67 et 11 abstentions (Conseil national), et par 39 voix contre 4 et 2 abstentions (Conseil des États). Les jeunes Vert'libéraux, les jeunes UDC et le parti des Verts ont décidé de lancer un référendum contre le projet de RFFA ; des organisations syndicales et associatives ont décidé de soutenir ce référendum. Les principales critiques concernent le couplage entre la réforme fiscale et le financement de l'AVS, les risques de dumping fiscal, les conséquences négatives pour la classe moyenne, les pertes fiscales pour les cantons et les charges supplémentaires pour les jeunes générations. Le référendum a abouti. Le Conseil

fédéral a décidé que la votation populaire aura lieu le 19 mai 2019. Compte tenu de la récente jurisprudence du Tribunal fédéral concernant l'information officielle, la Conférence des directrices et directeurs cantonaux des finances (CDF), responsable de ce dossier, a demandé à la CdC d'élaborer une prise de position commune des cantons recommandant de voter oui au projet de RFFA.

2.2.4 Mandats

Conférence tripartite

En vertu de la Convention relative à la Conférence tripartite (CT) et du contrat de prestations signé par les secrétariats des membres CT (Conseil fédéral, CdC, UVS et ACS), la CdC gère le secrétariat CT. Ses travaux ont porté sur la préparation et le suivi des séances CT des 22 juin et 26 octobre, des séances du Groupe de travail technique (GTT) des 24 avril et 5 septembre et du Comité des présidents de délégation du 27 novembre. Le secrétariat a accompagné les projets CT en cours. Il a apporté son soutien, technique et administratif, à chacune des directions de projet tripartites et assuré la coordination avec les mandataires externes. Les temps forts de l'année ont été les suivants :

Anniversaire Projet de territoire Suisse

Un événement a été organisé sous le patronage de la CT pour célébrer les cinq ans d'existence du Projet de territoire Suisse. Le secrétariat a soutenu l'office fédéral en charge du dossier, en particulier pour l'organisation de l'événement. Réunissant des spécialistes du terrain et des représentants des mondes de la politique, de l'administration et des sciences, la rencontre a été l'occasion de passer en revue les succès dont le projet peut se prévaloir et de se tourner vers l'avenir. Force est de constater que ce dernier est devenu au fil des années la référence en matière de développement du territoire et qu'il constitue aujourd'hui un cadre d'orientation reconnu de tous. Ses objectifs et stratégies sont toujours d'actualité, et donnent des pistes pour un développement territorial durable.

Si les débats ont permis de revenir sur ce qui a été fait, ils ont été aussi l'occasion pour les participants de discuter, à la faveur de quatre ateliers, des thématiques prioritaires que les organisations de soutien (DETEC, CdC, DTAP, UVS et ACS) considèrent comme des défis communs aux trois échelons institutionnels : cohésion nationale et relations ville-campagne, collaboration dans les territoires d'action, changement structurel et visions d'avenir. Les enseignements tirés des ateliers seront pris en compte dans les travaux futurs.

Financement, compensation des avantages et des charges

Comment assurer le financement de tâches au sein d'un espace fonctionnel comme une agglomération, une région ou une zone touristique, tout en veillant à une répartition équitable des avantages et des charges ? Telle est la question à laquelle le rapport Ecoplan « Financement et compensation des avantages et des charges dans les espaces fonctionnels : retours d'expérience et recommandations », réalisé sur mandat de la CT, tente de répondre, avec le soutien d'un groupe de suivi tripartite. Le rapport constitue une précieuse référence pour tous les acteurs concernés par les questions de financement et de compensation dans les espaces fonctionnels. Il offre un aperçu des systèmes de financement et de compensation envisageables pour les différents espaces fonctionnels et présente de nombreux exemples illustrant la grande diversité des solutions possibles. Le rapport de synthèse « Financement de tâches communes et compensation des avantages et des charges : recommandations pour les espaces fonctionnels » (Ecoplan, 2018), qui accompagne le rapport de base, sert de fil conducteur aux milieux intéressés pour élaborer des systèmes de financement et de compensation adéquats.

En réunion du 26 octobre, la CT a rendu une appréciation positive du rapport et adopté les recommandations destinées aux acteurs institutionnels. Le secrétariat CT a informé tous les milieux intéressés des conclusions du projet et des recommandations de la CT. Celle-ci a chargé son secrétariat d'évaluer les moyens à utiliser pour favoriser le transfert de connaissances et le réseautage dédiés aux systèmes de financement et de compensation dans les espaces fonctionnels.

Développement cohérent du territoire dans les structures régionales globales ville-campagne

Le 3 novembre 2017, la CT a approuvé le projet « Développement cohérent du territoire dans les structures régionales globales ville-campagne », destiné à sensibiliser les acteurs de tous les échelons de l'État aux potentiels de collaboration dans les espaces englobant ville et campagne, à l'échelle d'espaces fonctionnels spécifiques. Elle propose aussi de montrer à l'aide d'exemples concrets comment la collaboration au sein d'un même espace fonctionnel permet de multiplier les chances de développement commun et de gagner en efficacité. Et finalement de mettre en évidence le rôle et les contributions de la Confédération, des cantons, des villes et des communes en faveur d'un développement cohérent du territoire.

Le groupe de suivi institué pour le projet s'est réuni les 22 janvier et 16 mai. Au 4^e trimestre, trois régions (Haut-Valais, Berne-Mittelland et région lausannoise) ont chacune accueilli une rencontre régionale. Inscrites dans le cadre du projet CT, ces rencontres devaient apporter une valeur ajoutée en termes de développement du territoire, mais aussi aux régions d'accueil. Les résultats seront présentés à la CT du 21 juin 2019.

Conférence suisse des délégués à l'intégration

Depuis 2006, la Conférence des délégués cantonaux, régionaux et communaux à l'intégration (CDI) est gérée par le Secrétariat CdC, qui a organisé en 2018 trois assemblées nationales, trois séances du comité et une journée d'étude. Il a également participé à plusieurs réunions des conférences régionales CDI et d'organisations partenaires.

Le suivi de l'Agenda Intégration est resté au cœur des discussions. Plusieurs membres ont accompagné les travaux de mise en œuvre dans des groupes de travail dédiés. La CDI a également pris position lors des consultations sur l'OASA, l'OIE et l'OA 2. Elle s'est aussi penchée sur la question de l'interdiction de se dissimuler le visage et sur la politique menée envers les Érythréens admis à titre provisoire. Enfin, elle a consacré son assemblée d'automne à un état des lieux du travail d'intégration et de ses (nouveaux) enjeux.

03

3 Comptes

Il s'agit d'une présentation succincte. Le rapport de révision a examiné les comptes dans leur intégralité.

Comptes 2018

	Comptes 2018	Budget 2018	Comptes 2017
Contributions cantonales	3'296'000.00	3'296'000	3'296'000.00
Contributions CT Confédération et communes	300'383.25	300'000	288'260.83
Autres produits	3'892.77	0	7'497.26
Total produits	3'600'276.02	3'596'000	3'591'758.09
Personnel	2'690'180.06	2'876'000	2'754'157.95
Charges d'exploitation	394'491.86	420'000	400'372.45
Groupes de travail / Projets	350'074.58	180'000	303'857.91
Conférence tripartite (CT)	120'383.25	120'000	110'101.23
Total charges	3'555'129.75	3'596'000	3'568'489.54
Excédent de produits	45'146.27	0	23'268.55
Créance des cantons 31.12.2018	1'366'402.50		

Affichant des charges de CHF 3'555'129.75 (contributions des cantons CHF 3'296'000.00), les comptes 2018 de la CdC bouclent sur un excédent de produits de CHF 45'146.27. Ce montant est porté au crédit des cantons, conformément à la clé de financement. L'avoir des cantons s'élève donc à CHF 1'366'402.50.

La fiduciaire Von Graffenried a assuré la révision des comptes annuels le 11 avril 2019. Le rapport de l'organe de révision figure à l'annexe 5.

Clé de financement 2018 (selon art. 14 de la Convention du 8.10.1993)

Canton	Population résidente moyenne 2015	Clé 2015	Contributions cantonales 2018
Aargau	649'476.0	7.84 %	258'461
Appenzell AR	54'303.5	0.66 %	21'610
Appenzell IR	15'914.0	0.19 %	6'333
Basel-Landschaft	282'266.0	3.41 %	112'328
Basel-Stadt	191'198.5	2.31 %	76'088
Bern/Berne	1'013'450.5	12.24 %	403'305
Fribourg/Freiburg	305'419.0	3.69 %	121'542
Genève	481'060.5	5.81 %	191'439
Glarus	39'911.0	0.48 %	15'883
Graubünden/Grischun/Grigioni	196'248.0	2.37 %	78'097
Jura	72'596.0	0.88 %	28'890
Luzern	396'683.0	4.79 %	157'861
Neuchâtel	177'717.0	2.15 %	70'723
Nidwalden	42'250.0	0.51 %	16'813
Obwalden	36'955.0	0.45 %	14'706
St. Gallen	497'444.5	6.01 %	197'959
Schaffhausen	79'626.5	0.96 %	31'688
Schwyz	153'426.0	1.85 %	61'056
Solothurn	265'068.5	3.20 %	105'485
Thurgau	265'581.0	3.21 %	105'689
Ticino	351'154.5	4.24 %	139'743
Uri	35'990.5	0.43 %	14'323
Valais/Wallis	333'729.5	4.03 %	132'808
Vaud	767'426.50	9.27 %	305'399
Zug	121'111.5	1.46 %	48'197
Zürich	1'456'389.00	17.58 %	579'574
Total	8'282'396	100.00 %	3'296'000

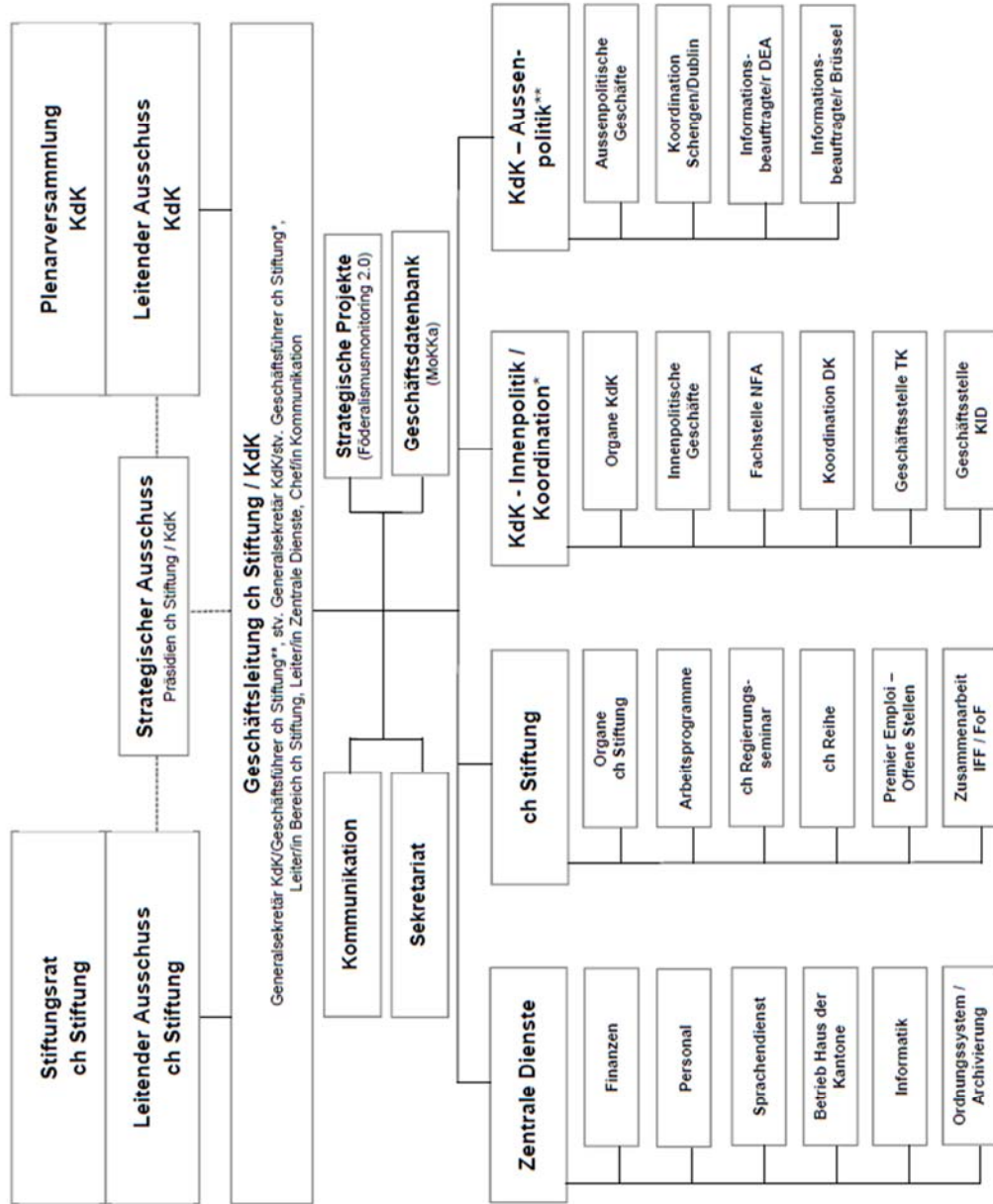
Nombre d'habitant-e-s selon population (Office fédéral de la statistique)

Anhänge / Annexes

Anhang 1	Organigramm KdK
Annexe 1	Organigramme CdC
Anhang 2	Kommissionen und Arbeitsgruppen der KdK (Stand: 31.12.2018)
Annexe 2	Commissions et groupes de travail de la CdC (état au 31.12.2018)
Anhang 3	Politische Delegationen der KdK in nationalen und internationalen Gremien und Arbeitsgruppen (Stand: 31.12.2018)
Annexe 3	Délégations politiques de la CdC dans des organes et des groupes de travail nationaux et internationaux (état au 31.12.2018)
Anhang 4	Sitzungsdaten
Annexe 4	Dates de séance
Anhang 5	Bericht der Revisionsstelle
Annexe 5	Rapport de l'Organe de révision

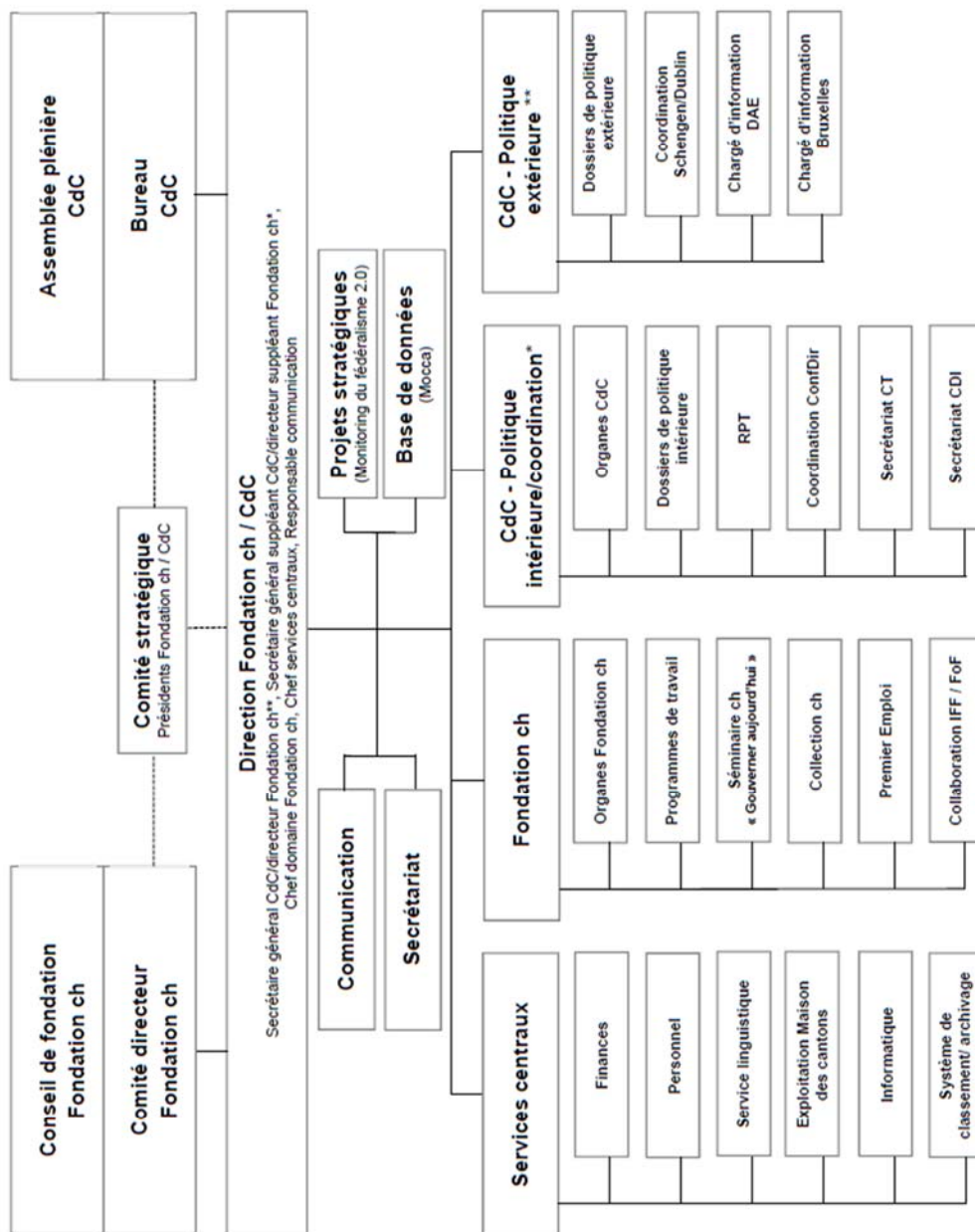
Anhang 1: Organigramm KdK

Organigramm ch Stiftung für eidgenössische Zusammenarbeit / Konferenz der Kantonsregierungen (KdK)



Stand: 1.5.2018

Organigramme Fondation ch pour la collaboration confédérale / Conférence des gouvernements cantonaux (CdC)



État : 1.5.2018

Anhang 2: Kommissionen und Arbeitsgruppen der KdK (Stand: 31.12.2018)

Annexe 2 : Commissions et groupes de travail de la CdC (état au 31.12.2018)

Politische Kommissionen / Commissions politiques

EuropaReformenKantone (EuRefKa)

Europe – Réformes des cantons (EuRéfCa)

Vorsitz /

Présidence : **Philippe Leuba**, conseiller d'État, Département de l'économie et du sport, VD

Mitglieder /

Membres : **Jacqueline Fehr**, Regierungsrätin, Direktion der Justiz und des Innern, ZH
Christian Rathgeb, Regierungsrat, Departement für Justiz, Sicherheit und Gesundheit, GR
Astrid Epiney, Geschäftsführende Direktorin, Institut für Europarecht, Universität Freiburg
Roland Mayer, Generalsekretär, Leiter Bereich Aussenpolitik, Konferenz der Kantonsregierungen (KdK)
Markus Notter, alt Regierungsrat, ZH
Bernhard Waldmann, Direktor Nationales Zentrum des Instituts für Föderalismus, Universität Freiburg

Sekretariat /

Secrétariat : **Hanspeter Pfenninger**, Rechtsberater, Konferenz der Kantonsregierungen (KdK)

Europakommission – politische Ebene der Begleitorganisation Bilaterale Abkommen mit der EU

Commission Europe – niveau politique de l'Organisation d'accompagnement aux accords bilatéraux avec l'UE

Vorsitz /

Présidence : **Ribaux Alain**, conseiller d'État, Département de la justice, de la sécurité et de la culture, NE

Mitglieder /

Membres : **Andrea Bettiga**, Landammann, Departement Sicherheit und Justiz, GL
Christoph Brutschin, Regierungsrat, Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt, BS
Fredy Fässler, Regierungsrat, Sicherheits- und Justizdepartement, SG
Jacqueline Fehr, Regierungsrätin, Direktion der Justiz und des Innern, ZH
Pierre Maudet, conseiller d'État, Département de la sécurité et de l'économie, GE
Roland Mayer, stv. Generalsekretär, Leiter Bereich Aussenpolitik, Konferenz der Kantonsregierungen (KdK)
Beatrice Simon, Regierungsrätin, Finanzdirektion, BE
Silvia Steiner, Regierungsrätin, Bildungsdirektion, ZH
Beat Villiger, Regierungsrat, Sicherheitsdirektion, ZG
Carmen Walker Späh, Regierungsrätin, Volkswirtschaftsdirektion, ZH

Sekretariat /

Secrétariat : **Gobbo Luca**, Informationsbeauftragter der Kantone in der Direktion für europäische Angelegenheiten des EDA, Konferenz der Kantonsregierungen (KdK)

Kantonale Delegation der Tripartiten Konferenz (TK)

Délégation cantonale de la Conférence tripartite (CT)

Vorsitz /

Présidence : **Laurent Favre**, conseiller d'État, Département du développement territorial et de l'environnement, NE

KdK-Delegation /

Délégation CdC : **Elisabeth Ackermann**, Regierungspräsidentin, Präsidialdepartement, BS
Evi Allemann, Regierungsrätin, Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion, BE
Jacqueline Fehr, Regierungsrätin, Direktion der Justiz und des Innern, ZH
Norman Gobbi, Consigliere di Stato, Dipartimento delle istituzioni, TI
Dimitri Moretti, Regierungsrat, Sicherheitsdirektion, UR
Stefan Müller, Landeshauptmann, Land- und Forstwirtschaftsdepartement, AI
Jon Domenic Parolini, Regierungsrat, Departement für Volkswirtschaft und Soziales, GR
Jean-François Steiert, conseiller d'État, Direction de l'aménagement, de l'environnement et des constructions, FR

Sekretariat /

Secrétariat : **Thomas Minger**, stv. Generalsekretär, Konferenz der Kantonsregierungen (KdK)

Interkantonale Vertragskommission (IVK)

Commission intercantonale pour les conventions (CIC)

Vorsitz /

Présidence : **Claudius Graf-Schelling**, alt Regierungsrat, TG

Mitglieder /

Membres : **Beat Husi**, Staatsschreiber, ZH
Claude Lässer, alt Staatsrat, FR
Kurt Nuspliger, alt Staatsschreiber, BE
Philippe Receveur, alt Regierungsrat, JU
Markus Züst, Regierungsrat, UR

Sekretariat /

Secrétariat : **Christian Gobat**, responsable RPT, Conférence des gouvernements cantonaux (CdC)

Arbeitsgruppen / Groupes de travail

Die detaillierte Zusammensetzung der Arbeitsgruppen ist unter folgendem Link auf der Homepage der KdK einsehbar:
<http://www.kdk.ch/de/arbeitsgruppen>.

La composition détaillée des groupes de travail figure sur le site Internet de la CdC, à l'adresse :
<http://www.cdc.ch/fr/groupes-de-travail>.

Aussenpolitik / Politique extérieure

Arbeitsgruppe Personenfreizügigkeit der Begleitorganisation Bilaterale Abkommen mit der EU

Groupe de travail Libre circulation des personnes (Organisation d'accompagnement aux accords bilatéraux avec l'UE)

Vorsitz /

Présidence : **Christoph Brutschin**, Regierungsrat, Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt, BS

Arbeitsgruppe Diplomanerkennung der Begleitorganisation Bilaterale Abkommen mit der EU

Groupe de travail Reconnaissance des diplômes (Organisation d'accompagnement aux accords bilatéraux avec l'UE)

Vorsitz /

Présidence : [Vakant / vacant]

Arbeitsgruppe Soziale Sicherheit der Begleitorganisation Bilaterale Abkommen mit der EU

Groupe de travail Sécurité sociale (Organisation d'accompagnement aux accords bilatéraux avec l'UE)

Vorsitz /

Présidence : [Vakant / vacant]

Arbeitsgruppe Landverkehr der Begleitorganisation Bilaterale Abkommen mit der EU

Groupe de travail Transports terrestres (Organisation d'accompagnement aux accords bilatéraux avec l'UE)

Vorsitz /

Présidence : [vakant / vacant]

Arbeitsgruppe Luftverkehr der Begleitorganisation Bilaterale Abkommen mit der EU

Groupe de travail Transport aérien (Organisation d'accompagnement aux accords bilatéraux avec l'UE)

Vorsitz /

Présidence : **Carmen Walker Späh**, Regierungsrätin, Volkswirtschaftsdirektion, ZH

Arbeitsgruppe Dienstleistungen der Begleitorganisation Bilaterale Abkommen mit der EU
Groupe de travail Services (Organisation d'accompagnement aux accords bilatéraux avec l'UE)

Vorsitz /

Présidence : **Brutschin Christoph**, Regierungsrat, Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt, BS

Arbeitsgruppe Finanz- und Fiskalfragen der Begleitorganisation Bilaterale Abkommen mit der EU
Groupe de travail Questions financières et fiscales (Organisation d'accompagnement aux accords bilatéraux avec l'UE)

Vorsitz /

Présidence : **Beatrice Simon**, Regierungsrätin, Finanzdirektion, BE

Arbeitsgruppe Bildung und Jugend der Begleitorganisation Bilaterale Abkommen mit der EU
Groupe de travail Formation et Jeunesse (Organisation d'accompagnement aux accords bilatéraux avec l'UE)

Vorsitz /

Présidence : [vakant / vacant]

Politische Begleitgruppe Schengen / Dublin (BOSD)
Groupe de suivi politique Schengen/Dublin (OASD)

Vorsitz /

Présidence : **Pierre Maudet**, conseiller d'État, Département de la sécurité et de l'économie, GE

Arbeitsgruppe Grenzkantone Deutschland – politische Ebene (derzeit suspendiert)
Groupe de travail Cantons frontaliers avec l'Allemagne – niveau politique (actuellement suspendu)

Vorsitz /

Présidence : [vakant / vacant]

Arbeitsgruppe Grenzkantone Deutschland – technische Ebene (derzeit suspendiert)
Groupe de travail Cantons frontaliers avec l'Allemagne – niveau technique (actuellement suspendu)

Vorsitz /

Présidence : **Roland Mayer**, Generalsekretär, Konferenz der Kantonsregierungen (KdK)

Europakommission – technische Ebene der Begleitorganisation Bilaterale Abkommen mit der EU
Commission Europe – niveau technique de l'Organisation d'accompagnement aux accords bilatéraux avec l'UE

Vorsitz /

Présidence : **Gobbo Luca**, Informationsbeauftragter der Kantone in der Direktion für europäische Angelegenheiten des EDA, Konferenz der Kantonsregierungen (KdK)

Innenpolitik; Koordination / Politique intérieure ; coordination

Interkantonaler Stab Zuwanderung, Migration und Integration“ (ZMI)
État-major intercantonal Immigration, migration et intégration (ZMI)

Vorsitz /

Présidence : **Roland Mayer**, Generalsekretär, Konferenz der Kantonsregierungen (KdK)

Arbeitsgruppe Umsetzung Bundesrecht
Groupe de travail Mise en œuvre du droit fédéral

Vorsitz /

Présidence : **Hösli Peter**, Stellvertretender Staatsschreiber, Staatskanzlei, ZH

Ansprechpersonen der kantonalen TK-Delegation
Personnes de contact pour la délégation cantonale CT

Vorsitz /

Présidence : **Dominique Bourquin**, aménagiste cantonal, Service de l'aménagement du territoire, NE

Konferenz der Sekretäre der interkantonalen Konferenzen (KoSeKo)
Conférence des secrétaires des conférences intercantionales (CoseCo)

Vorsitz /

Présidence : **Alexander Krethlow**, Generalsekretär, Regierungskonferenz Militär, Zivilschutz und Feuerweh
RK MZF

Leitorgan Haus der Kantone (LO HDK)
Organe directeur Maison des cantons (OD MdC)

Vorsitz /

Présidence : **Szöllösy Gaby**, Generalsekretärin, Konferenz der kantonalen Sozialdirektoren (SODK)

Anhang 3: Politische Delegationen der KdK in nationalen und internationalen Gremien und Arbeitsgruppen (Stand: 31.12.2018)

Annexe 3 : Délégations politiques de la CdC dans des organes et des groupes de travail nationaux et internationaux (état au 31.12.2018)

Nachfolgend sind die politischen Delegationen der KdK in nationalen und internationalen Gremien und Arbeitsgruppen aufgeführt. Die Delegationen der KdK auf technischer Ebene sind unter folgendem Link auf der Homepage der KdK einsehbar: <http://www.kdk.ch/de/delegationen>.

Sont énumérées ci-après les délégations politiques de la CdC dans des organes et des groupes de travail nationaux et internationaux. Les délégations de la CdC au niveau technique figurent sur le site Internet de la CdC, à l'adresse : <http://www.cdc.ch/fr/delegations>.

Kongress der Gemeinden und Regionen Europas (KGRE)

Congrès des pouvoirs locaux et régionaux d'Europe (CPLRE)

Vorsitz /

Présidence : **Gudrun Mosler-Törnström**, Abgeordnete zum Salzburger Landtag und 2. Präsidentin Landtagspräsidentin, Österreich

KdK-Delegation /

Délégation CdC: **David Eray**, président du Conseil d'État, Département de l'environnement, JU
Jacqueline Fehr, Regierungsrätin, Direktion der Justiz und des Innern, ZH
Marie Garnier, alt Stätsrätin, FR
Heidi Hanselmann, Regierungsrätin, Gesundheitsdepartement, SG
Philippe Leuba, conseiller d'État, Département de l'économie et du sport, VD
Heidi Z'Graggen, Regierungsrätin, Justizdirektion, UR

Steuerungsausschuss E-Government-Strategie Schweiz

Comité de pilotage Stratégie suisse de cyberadministration

Vorsitz /

présidence: **Ueli Maurer**, Bundesrat, Eidgenössisches Finanzdepartement

KdK-Delegation /

Délégation CdC: **Rainer Gonzenbach**, Staatsschreiber, Staatskanzlei, TG
Pierre Maudet, conseiller d'État, Département de la sécurité et de l'économie, GE
Marcel Schwerzmann, Regierungsrat, Finanzdepartement, LU

Eidgenössische Kommission für die Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung (AHV/IV-Kommission)
Commission fédérale de l'assurance-vieillesse, survivants et invalidité (Commission fédérale AVS-AI)

Vorsitz /

Présidence : **Stéphane Rossini**, ancien conseiller national, VS

KdK-Delegation /

Délégation CdC : **Manuela Weichelt-Picard**, Landammann, Direktion des Innern, ZG

Eidgenössische Spielbankenkommission (ESBK)

Commission fédérale des maisons de jeu (CFMJ)

Vorsitz /

Présidence : **Hermann Bürgi**, alt Ständerat/Regierungsrat, Rechtsanwalt, TG

KdK-Delegation /

Délégation CdC : **Erwin Jutzet**, ancien conseiller d'État, FR

Anhang 4: Sitzungsdaten

Annexe 4 : Dates de séance

Sitzungen der Organe der KdK

Séances des organes de la CdC

09.02.2018	Leitender Ausschuss / <i>Bureau</i>
23.03.2018	Plenarversammlung / <i>Assemblée plénière</i>
17.05.2018	Leitender Ausschuss / <i>Bureau</i>
28.06.2018	Plenarversammlung / <i>Assemblée plénière</i>
24.08.2018	Leitender Ausschuss / <i>Bureau</i>
27.09.2018	Plenarversammlung / <i>Assemblée plénière</i>
09.11.2018	Leitender Ausschuss / <i>Bureau</i>
14.12.2018	Plenarversammlung / <i>Assemblée plénière</i>

Medienkonferenzen

Conférences de presse

30.04.2018	Medienkonferenz Integrationsagenda Schweiz (mit Bundesrätin Sommaruga, Vorsteherin des EJPD) / <i>Conférence de presse Agenda Intégration Suisse (avec la conseillère fédérale Sommaruga, cheffe du DFJP)</i>
28.06.2018	Point de presse Finanzausgleich und Öffentlichkeitsprinzip / <i>Point de presse Péréquation financière et Principe de la transparence</i>
10.09.2018	Föderalismus-Brunch für Medienschaffende 10 Jahre Haus der Kantone / <i>Brunch pour les médias à l'occasion des 10 ans de la Maison des cantons</i>
28.09.2018	Medienkonferenz (KdK, EFD) Optimierung des Nationalen Finanzausgleichs / <i>Conférence de presse (CdC, DFF) Optimisation de la péréquation financière</i>
14.12.2018	Point de presse Aktuelle europapolitische Herausforderungen / <i>Point de presse Défis actuels en politique européenne</i>

Sitzungen der politischen Kommissionen und technischen Arbeitsgruppen der KdK sowie Koordinationssitzungen mit den Direktorenkonferenzen und regionalen Regierungskonferenzen

Séances des commissions politiques et des groupes de travail techniques de la CdC et séances de coordination avec les conférences des directeurs et les conférences gouvernementales régionales

12.01.2018	Interkantonale Vertragskommission IVK / <i>Commission intercantonale pour les conventions CIC</i>
24.01.2018	Konferenz der Sekretäre der interkantonalen Konferenzen / <i>Conférence des secrétaires des conférences intercantionales</i>
25./26.01.2018	Präsidenklausur KdK – Direktorenkonferenzen / <i>Colloque présidentiel CdC-Conférences des directeurs</i>
02.03.2018	Interkantonale Vertragskommission IVK / <i>Commission intercantonale pour les conventions CIC</i>
19./20.04.2018	Frühjahrstagung der Staatsschreiberkonferenz / <i>Réunion de printemps de la Conférence des chanceliers d'État</i>
25.04.2018	Konferenz der Sekretäre der interkantonalen Konferenzen / <i>Conférence des secrétaires des conférences intercantionales</i>
27.04.2018	Treffen der Sekretärinnen und Sekretäre der regionalen Regierungskonferenzen / <i>Séance des secrétaires des conférences gouvernementales régionales</i>

17.05.2018	Arbeitsgruppe Umsetzung Bundesrecht / <i>Groupe de travail Mise en œuvre du droit fédéral</i>
18.05.2018	Interkantonale Vertragskommission IVK / <i>Commission intercantonale pour les conventions CIC</i>
22.08.2018	Konferenz der Sekretäre der interkantonalen Konferenzen / <i>Conférence des secrétaires des conférences intercantionales</i>
22.08.2018	Interkantonale Vertragskommission IVK / <i>Commission intercantonale pour les conventions CIC</i>
10.09.2018	Präsidienitzung KdK – Direktorenkonferenzen / <i>Séance des présidents CdC-Conférences des directeurs</i>
24.10.2018	Konferenz der Sekretäre der interkantonalen Konferenzen / <i>Conférence des secrétaires des conférences intercantionales</i>
15.11.2018	Treffen der Sekretärinnen und Sekretäre der regionalen Regierungskonferenzen / <i>Séance des secrétaires des conférences gouvernementales régionales</i>

Sitzungen im Bereich Zusammenarbeit Bund – Kantone

Séances dans le cadre de la collaboration Confédération – cantons

12.01.2018	Politische Arbeitsgruppe Aufgaben und Finanzen Bund – Kantone / <i>Groupe de travail politique Tâches et finances Confédération-cantons</i>
15.02.2018	Europadialog mit dem Bundesrat / <i>Dialogue Europe avec le Conseil fédéral</i>
01.03.2018	Begleitgruppe FKI plus / <i>Groupe d'accompagnement FKI plus</i>
02.03.2018	Politische Arbeitsgruppe Aufgaben und Finanzen Bund – Kantone / <i>Groupe de travail politique Tâches et finances Confédération-cantons</i>
05.03.2018	Stammtisch der Kantone / <i>Stammtisch des cantons</i>
23.03.2018	Föderalistischer Dialog Bund – Kantone / <i>Dialogue confédéral Confédération-cantons</i>
25.04.2018	Beirat Schweizerisches Kompetenzzentrum für Menschenrechte / <i>Conseil consultatif Centre suisse de compétence pour les droits humains</i>
04.05.2018	Treffen Büro Ständerat / <i>Rencontre avec le Bureau du Conseil des États</i>
04.06.2018	Stammtisch der Kantone / <i>Stammtisch des cantons</i>
09.05.2018	Begleitgruppe Umsetzung kantonale Integrationsprogramme / <i>Groupe d'accompagnement Mise en œuvre des programmes d'intégration cantonaux</i>
18.05.2018	Politische Arbeitsgruppe Aufgaben und Finanzen Bund – Kantone / <i>Groupe de travail politique Tâches et finances Confédération-cantons</i>
11.06.2018	Europadialog mit dem Bundesrat / <i>Dialogue Europe avec le Conseil fédéral</i>
04.07.2018	Fachgruppe Cyber / <i>Groupe spécialisé Cyber</i>
07.06.2018	Begleitgruppe Umsetzung kantonale Integrationsprogramme / <i>Groupe d'accompagnement Mise en œuvre des programmes d'intégration cantonaux</i>
22.08.2018	Politische Arbeitsgruppe Aufgaben und Finanzen Bund – Kantone / <i>Groupe de travail politique Tâches et finances Confédération-cantons</i>
30.08.2018	Europadialog mit dem Bundesrat / <i>Dialogue Europe avec le Conseil fédéral</i>
31.08.2018	Treffen Büro Ständerat / <i>Rencontre avec le Bureau du Conseil des États</i>
17.09.2018	Stammtisch der Kantone / <i>Stammtisch des cantons</i>
16.10.2018	Europadialog mit dem Bundesrat / <i>Dialogue Europe avec le Conseil fédéral</i>
24.10.2018	Begleitgruppe Umsetzung kantonale Integrationsprogramme / <i>Groupe d'accompagnement Mise en œuvre des programmes d'intégration cantonaux</i>
02.11.2018	Begleitgruppe Umsetzung kantonale Integrationsprogramme / <i>Groupe d'accompagnement Mise en œuvre des programmes d'intégration cantonaux</i>
08.11.2018	Beirat Schweizerisches Kompetenzzentrum für Menschenrechte / <i>Conseil consultatif Centre suisse de compétence pour les droits humains</i>
09.11.2018	Föderalistischer Dialog Bund – Kantone / <i>Dialogue confédéral Confédération-cantons</i>
14.11.2018	Begleitgruppe Umsetzung kantonale Integrationsprogramme / <i>Groupe d'accompagnement Mise en œuvre des programmes d'intégration cantonaux</i>
03.12.2018	Stammtisch der Kantone / <i>Stammtisch des cantons</i>
17.12.2018	Europadialog mit dem Bundesrat / <i>Dialogue Europe avec le Conseil fédéral</i>

Sitzungen im Rahmen der Mandate

Séances en lien avec les mandats

Tripartite Konferenz (TK)

Conférence tripartite (CT)

13.03.2018	Tripartite Kerngruppe Raumkonzept Schweiz / <i>Équipe de projet tripartite du Projet de territoire Suisse</i>
24.04.2018	Tripartite Technische Arbeitsgruppe / <i>Groupe de travail technique tripartite</i>
18.05.2018	Tripartite Kerngruppe Raumkonzept Schweiz / <i>Équipe de projet tripartite du Projet de territoire Suisse</i>
22.06.2018	Tripartite Konferenz / <i>Conférence tripartite</i>
05.09.2018	Tripartite Technische Arbeitsgruppe / <i>Groupe de travail technique tripartite</i>
11.09.2018	Tripartite Kerngruppe Raumkonzept Schweiz / <i>Équipe de projet tripartite du Projet de territoire Suisse</i>
26.10.2018	Tripartite Konferenz / <i>Conférence tripartite</i>
22.11.2018	Raumkonzept Schweiz: Sitzung auf Direktionsebene / <i>Projet de territoire Suisse : rencontre des directions</i>

Konferenz der Integrationsdelegierten (KID)

Conférence des délégués à l'intégration (CDI)

17./18.01.2018	Sitzung KID-Vorstand und Retraite / <i>Séance Comité et retraite CDI</i>
20.02.2018	KID-Nordwestschweiz
21.02.2018	KID-ZFI
01.03.2018	KID-Ost
14./15.03.2018	KID-Tagung / <i>Assemblée CDI</i>
23.04.2018	CDI Suisse latine
03.05.2018	Sitzung KID-Vorstand / <i>Séance Comité CDI</i>
24.05.2018	KID-ZFI
31.05.2018	KID-Ost
05.06.2018	KID-Nordwestschweiz
19.06.2018	KID-Tagung / <i>Assemblée CDI</i>
18.09.2018	Sitzung KID-Vorstand / <i>Séance Comité CDI</i>
26.09.2018	KID-ZFI
21.09.2018	CDI Suisse latine
27.09.2018	KID-Ost
18.10.2018	KID-Nordwestschweiz
15.11.2018	KID-Tagung / <i>Assemblée CDI</i>
29.11.2018	KID-ZFI

Anhang 5: Bericht der Revisionsstelle

Annexe 5 : Rapport de l'Organe de révision



VON GRAFFENRIED
TREUHAND

Bericht der Revisionsstelle zur eingeschränkten Revision an die Plenarversammlung der Konferenz der Kantonsregierungen (KdK), Bern

Als Revisionsstelle haben wir die Jahresrechnung (Vermögensrechnung und Erfolgsrechnung) der Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) für das am 31. Dezember 2018 abgeschlossene Geschäftsjahr geprüft. Die Eingeschränkte Revision der Vorjahresangaben ist von einer anderen Revisionsstelle vorgenommen worden. In ihrem Bericht vom 13. April 2018 hat diese eine nicht modifizierte Prüfungsaussage abgegeben.

Für die Jahresrechnung ist der leitende Ausschuss verantwortlich, während unsere Aufgabe darin besteht, die Jahresrechnung zu prüfen. Wir bestätigen, dass wir die gesetzlichen Anforderungen hinsichtlich Zulassung und Unabhängigkeit erfüllen.

Unsere Revision erfolgte nach dem Schweizer Standard zur Eingeschränkten Revision. Danach ist diese Revision so zu planen und durchzuführen, dass wesentliche Fehlaussagen in der Jahresrechnung erkannt werden. Eine eingeschränkte Revision umfasst hauptsächlich Befragungen und analytische Prüfungshandlungen sowie den Umständen angemessene Detailprüfungen der beim geprüften Unternehmen vorhandenen Unterlagen. Dagegen sind Prüfungen der betrieblichen Abläufe und des internen Kontrollsystems sowie Befragungen und weitere Prüfungshandlungen zur Aufdeckung deliktischer Handlungen oder anderer Gesetzesverstöße nicht Bestandteil dieser Revision.

Bei unserer Revision sind wir nicht auf Sachverhalte gestossen, aus denen wir schliessen müssten, dass die Jahresrechnung nicht dem Gesetz entspricht.

Bern, 12. April 2019 zuw/stn

Von Graffenried AG Treuhand

Peter Geissbühler
dipl. Wirtschaftsprüfer
Zugelassener Revisionsexperte

Michel Zumwald
dipl. Wirtschaftsprüfer
Zugelassener Revisionsexperte
Leitender Revisor

Beilage:

Jahresrechnung (Vermögensrechnung und Erfolgsrechnung)

Von Graffenried AG Treuhand
Waaghausgasse 1, Postfach, CH-3001 Bern, Tel. +41 31 320 56 11, Fax +41 31 320 56 90

Konferenz
der Kantons-
regierungen

Haus der Kantone
Speichergasse 6
Postfach
CH-3001 Bern

t +41 (0) 31 320 30 00
f +41 (0) 31 320 30 20
mail@kdk.ch
www.kdk.ch

Conférence des
gouvernements
cantonaux

Maison des cantons
Speichergasse 6
Case postale
CH-3001 Berne

t +41 (0) 31 320 30 00
f +41 (0) 31 320 30 20
mail@cdc.ch
www.cdc.ch

Conferenza
dei governi
cantionali

Casa dei cantoni
Speichergasse 6
Casella postale
CH-3001 Berna

t +41 (0) 31 320 30 00
f +41 (0) 31 320 30 20
mail@cdc.ch
www.cdc.ch